

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:
Erich Nitzsche, Berlin.
Zentralredaktion: Kuni Dönsch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zureicherung geschützt. Abnahme höherer als 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Dezember 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die erschlichene Staatsbürgerschaft.

Hitler Polizeikommissar und Parteibuchbeamter - Von Nazi-Frick heimlich ernannt.

SPD. Der frühere thüringische Nazi-Minister Dr. Wilhelm Frick, der Held des Weltkrieges von Primasenz, hat während seiner Ministerlaufbahn den Bandenführer Hitler zum thüringischen Staatsbeamten ernannt mit der offenkundigen Absicht, ihm durch diese Ernennung hinten herum das deutsche Staatsbürgerrecht zuzuschaffen. Die Urkunde dieser Ernennung liegt im Safe des Braunen Hauses in München, wo sie getreulich gehütet wird. Diese Urkunde ist der Schild, den Hitler vor sich halten wollte, wenn ihm einstmal als Folge seines Treibens in Deutschland die Ausweisung drohen sollte.

Diese Ernennung ist von den Nationalsozialisten und den beteiligten thüringischen Beamten mit der Hülle tiefsten Geheimnisses umgeben worden; denn nicht nur die Umstände der Ernennung, sondern vor allen Dingen auch der Dienstgrad, den Herr Frick Herrn Hitler verschafft hat, machten dies Geheimnis notwendig.

Man hat in den letzten Tagen von einer ausserordentlichen Professur Hitlers an der Technischen Hochschule in Braunschweig oder auch von seiner Ernennung zum Oberregierungsrat geflüstert. Aber so hoch gingen die Ambitionen von Hitler und Frick nicht. Die Herren waren bescheidener. Sie haben den nächsten offenen Posten genommen, bei dem sich die Möglichkeit bot, einen Parteibuchbeamten einzuschleusen. Und so hat Herr Frick zur Zeit seiner Ministerherrlichkeit in Thüringen Herrn Adolf Hitler aus Braunau schlicht und einfach zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen ernannt.

Es versteht sich von selbst, dass Hitler niemals Dienst getan hat. Man stelle sich vor, dass der neugebackene Gendarmeriekommissar in vollständig neuer Uniform würdevoll durch die Strassen von Hildburghausen in Thüringen geschritten wäre, allen Einwohnern gänzlich unbekannt, bis die Klatschbasen der Kleinstadt von Ohr zu Ohr geflüstert hätten: Wissen Sie nicht, wer das ist? Das ist unser neuer Gendarmeriekommissar. Er heisst Adolf Hitler und soll aus München sein, den hat sicher Herr Frick mitgebracht! Aber Herr Hitler hat keine Antrittsvisite als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen gegeben. Wir erinnern uns allerdings dunkel, dass er einmal in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hildburghausen gesprochen und sich bei dieser Gelegenheit zwei Tage am Ort aufgehalten hat. Das muss wohl seine einzige dienstliche Funktion gewesen sein, die er in Hildburghausen verrichtet hat!

Hildburghausen besitzt einen historischen Ruhm. Es durfte in vergangenen Zeiten für die glorreiche Reichsarmee unrühmlichen Angedenkens einen gemeinen Soldaten stellen. Jetzt hat es den zweiten Höhepunkt seiner historischen Existenz erklommen. Es hat dem Lande Thüringen zwar nicht einen Reichssoldaten, wohl aber einen Anwärter auf den Posten eines deutschen faschistischen Diktators gegeben in Gestalt des Gendarmeriekommissars Adolf Hitler.

Gendarmeriekommissar Adolf Hitler! Das ist ein Titel, der ist so sinnvoll, so beziehungsweise, dabei stehen Titel und Persönlichkeit in so engem Einklang, dass man Herrn Frick-Primasenz dankbar sein muss, dass er uns das klingvolle Wort Gendarmeriekommissar Adolf Hitler geschenkt hat. Was der Mann will und was

er kann, wie er denkt und wie er handelt, gibt es einen besseren Ausdruck dafür als den klangvollen Titel Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hildburghausen? Wir treten dem wirklichen Gendarmeriekommissar von Hildburghausen, seiner Beamteneigenschaft und seiner Persönlichkeit in keiner Weise zu nahe, aber der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler, das ist fast noch ein schönerer Titel als der Titel Hauptmann von Köpenick!

Der Parteibuchbeamte Adolf Hitler ist dem Beispiel vieler seiner Gesinnungsgenossen gefolgt. Er hat sich in die Beamtenlisten der Republik einreihen lassen. Er hat die Stufen der Beamtenlaufbahn betreten, wenn auch ziemlich weit unten. Aber immerhin, er hat voraussichtlich mit dem Amt, das ihm Herr Frick auf Grund des Parteibuches zugeschanzt hat, zugleich den Höhepunkt seiner Beamtenlaufbahn erklimmen! Es liesse sich eine ganze Reihe von Fragen aufstellen, die der Gendarmeriekommissar Hitler von Hildburghausen beantworten müsste. Aber alle diese Fragen sind nichts gegenüber dem klangvollen Titel, den Herr Frick ihm verschafft hat und der heute in Deutschland und in der ganzen Welt einen Sturm von Gelächter hervorrufen wird: Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hildburghausen! Es steht ausser allem Zweifel, dass diese Ernennung den Charakter einer Schiebung trägt, die Herrn Hitler hinten herum das deutsche Staatsbürgerrecht verschaffen sollte, dass sie nicht ernstlich gemeint war, dass bei der ernennenden Behörde nicht der Wille vorlag, Hitler ernstlich zum Beamten zu machen. Der Ministerialrat Kaisenberg vom Reichsministerium des Innern hat in diesen Tagen einen Aufsatz über den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Ernennung zum Staatsbeamten veröffentlicht, der zugleich die Ansicht des Reichsinnenministeriums aussprach. Dieser Aufsatz stützte sich auf einen Kommentar des Staatsrechtslehrers Walter Jellinek in seinem Verwaltungsrecht, in dem es heisst:

"Würde ein Land um die den anderen Ländern zustehende Widerspruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer, statt ihn einzubürgern, zwecks Verleihung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienste wirklich in Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint unwirksam sein."

Man kann danach annehmen, dass man nicht nur im Reichsministerium des Innern auf dem Standpunkt steht, dass Hitler durch diese Schiebung mit nichts das deutsche Staatsbürgerrecht erworben hat, sondern auch, dass jeder Versuch einer Feststellungsklage für Herrn Hitler negativ verlaufen würde.

Herr Wilhelm Frick, der Held von Pirmasenz, hat Herrn Hitler mit dieser Ernennung einen Bärendienst erwiesen. Der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hildburghausen wird weder Herrn Hitler noch Herrn Frick Freude machen. Herr Frick aber hat bewiesen, von welchem Schlage er ist. Herr Frick hat in den wilden Zeiten in Bayern, als die Amtstellen illegale Handlungen duldeten und begünstigten, als Mörder mit falschen Pässen ausgerüstet wurden, ebenfalls seine Hände im Spiele gehabt. Er war der Vorsteher der Abteilung, die dem berüchtigten Leutnant Schweighart, der sich niemals von dem Verdacht des Mordes an dem Sozialdemokraten Gareis reinigen können, falsche Pässe zur Flucht ausstellte. Herr Wilhelm Frick war aktiv beteiligt am Hitler-Putsch von 1923. Herr Wilhelm Frick ist vor kurzem, ohne dass der bayerische Ministerpräsident Dr. Held davon gewusst hat, wieder in den bayerischen Staatsdienst aufgenommen worden. Es erhebt sich die Frage: Ist Herr Frick auf ähnlichem Wege wieder bayerischer Staatsbeamter geworden wie Herr Adolf Hitler Gendarmeriekommissar von Hildburghausen geworden ist, und wird die bayerische Staatsregierung die Notwendigkeit erkennen, sich von diesem Beamten auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens schleunigst zu befreien?

Hitlers Staatsbürgerschaft ist erschlichen und deshalb unwirksam. Der Urheber dieser Schiebung ist schnellstens zur Verantwortung zu ziehen!

SPD. Essen, 3. Febr. (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen 12 Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe, die am 14. März 1931 auf einen heimkehrenden Trupp Nazis aus dem Hinterhalt einen Feuerüberfall veranstaltete und einen 16 jährigen Anstreicherlehrling tötete.

beantragte der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten wegen vorsätzlichen und überlegten Mordes die Todesstrafe. Der Antrag gegen die übrigen Angeklagten lautete wegen Beihilfe und unbefugten Waffenbesitzes auf Gefängnisstrafen bis zu 4 Jahren 3 Monaten.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesregierungen gewandt und diesen mitgeteilt, dass mit Ausschreibung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen sei. Wahlvorschläge bedürfen der Bescheinigung der Gemeindebehörde, dass die Unterzeichner stimmberechtigt sind. Diese Bescheinigungen auf den Unterschriftenlisten können schon jetzt ausgestellt werden. Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen zugleich gebeten, die Gemeinden anzuweisen, Ersuchen um Ausstellung derartiger Bescheinigungen mit tunlichster Beschleunigung zu entsprechen.

SPD. Paris, 3. Febr. (Eig. Drahtb.)

Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die Japaner am Mittwoch vormittag das Fort Wunsung besetzt, das im Laufe des Morgens von Kriegsschiffen und Flugzeugen bombardiert worden war. Mehrere hundert Chinesen befanden sich bei der Einnahme noch in dem Fort. Viele Chinesen wurden von den japanischen Truppen getötet, viele schwer verletzt.

SPD. Köln, 3. Febr. (Eig. Drahtb.)

Im Küchel-Rothmann-Prozess beschäftigte sich das Gericht am Mittwoch mit den Verbindungen des Konzerns mit verschiedenen Banken.

Bankdirektor Kaiser von der Reichsbank berichtete, die Reichsbank sei nicht geschädigt worden, weil ihre Kredite bei dem Konzern gedeckt gewesen seien. Der Vorsitzende stellte dazu fest, dass der Küchel-Rothmann-Konzern im November 1930 rund 10 Millionen Aussenstände und nur 292 000 Mark Zahlungen gehabt habe. Das sei ein schreiendes Missverhältnis gewesen. Der Zeuge Bankdirektor a. D. Hermann Wolf von der Deutschen Bank erklärte, die Deutsche Bank habe bei dem Konkurs 500 000 Mark angemeldet, die aber nicht anerkannt worden seien. Der Zeuge hält den Unterschied zwischen der Steuerbilanz, die etwa eine Million Mark und der Kreditbilanz, die etwa 3 bis 4 Millionen Aktiven ausweise, für übertrieben und unverantwortlich. Die Warenwerte seien in den Kreditbilanzen höher als ihrem wahren Werte entspreche eingesetzt gewesen, was ebenso verwerflich sei. Der Zeuge hält es ferner für kaufmännisch nicht einwandfrei, dass die Konzernkunden Wechsel gaben, die sie selbst einzulösen nicht verpflichtet waren, die vom Küchel-Rothmann-Konzern eingelöst wurden. Wenn die Bank gewusst hätte, dass sie in der Weise getäuscht werden würde und die Wechselfabrikation einen solchen Umfang angenommen hatte, hätte sie sich in der Diskontierung der Wechsel erheblich eingeschränkt.

Ein Sachverständiger bezeugt noch, dass die Grundstückswerte ebenso wie die Warenwerte in den Kreditbilanzen höher eingesetzt waren als in den Handelsbilanzen, in einem Falle um das Sechsfache höher. Dagegen seien die Wechselverpflichtungen in den Kreditbilanzen erheblich niedriger als in den Büchern eingesetzt gewesen.

SPD. London, 3. Febr. (Eig. Drahtb.)

MacDonald hat sich am Mittwoch einer Augenoperation unterzogen. Die Operation war erfolgreich. MacDonald wird jedoch in den nächsten 14 Tagen nicht aktiv an der Politik teilnehmen können.

SPD. Braunschweig, 3. Febr. (Eig. Dr.)

Vom Reichsbanner Gau Braunschweig wird am Donnerstag gegen den Naziminister Klagges Anzeige wegen Begünstigung erstattet werden, weil er am 26. Januar in einer amtlichen Darstellung, zu deren Veröffentlichung er den sozialdemokratischen "Volksfreund" aufgrund der "Tatverordnung" zwang, behauptet hat, es sei bisher in keiner Weise erwiesen, dass der tödliche Schuss auf den Reichsbannermann Meier von einem Nationalsozialisten abgegeben wäre. Meier sei vielmehr "von eigenen Gesinnungsgenossen getötet" worden.

Demgegenüber führt die Anzeige aus, dass dem Beschuldigten bei der Bekanntgabe der amtlichen Darstellung die entgegengesetzten Ermittlungen der Polizei bekannt gewesen sein mussten. Klagges hätte wissen müssen, dass seine Behauptungen objektiv unrichtig waren. Schon nach den bis zum 26. Januar vorliegenden amtlichen Ermittlungen habe festgestanden, dass als Mörder Meiers nur ein Nationalsozialist in Frage kommen konnte. Die amtliche Erklärung des Ministers stelle daher einen völlig ungewöhnlichen und sachlich durch nichts berechtigten Eingriff in ein schwebendes Verfahren dar. Klagges stehe in dringendem Verdacht, sich einer Begünstigung schuldig gemacht zu haben. Ausserdem habe er durch seine unrichtigen Behauptungen versucht, den Tatverdacht von den wirklich Schuldigen abzulenken, um den Täter, einen Parteifreund des Beschuldigten, der Bestrafung zu entziehen. Eine solche Meldung sei auch objektiv geeignet, eine Strafvereitelung herbeizuführen. Die untersuchenden Beamten seien beeinflusst, das ander Aufklärung mitarbeitende Publikum sei durch eine falsche amtliche Darstellung irritiert worden. Aus allen diesen Gründen sei eine Strafverfolgung wegen Begünstigung und wegen Strafvereitelung gegeben.

SPD. München, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die angekündigte Führeritagung der Nazis, die zu der Reichspräsidentenwahl Stellung nehmen sollte, hat am Mittwoch im Braunen Haus stattgefunden. Ueber den Verlauf der Sitzung wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem weiter nichts enthalten ist als der Satz: "Das einmütige Bewusstsein der absoluten Zuversicht fand Ausdruck in der Feststellung, dass die nationalsozialistische Bewegung zum Einsatz in den Wahlkampf so gerüstet dastet, dass sie nur die Parole ihres Führers abwartet."

SPD. Frankfurt/M., 3. Febr. (Eig. Drahtb.)

Einen Meisterstreich leistete sich die kommunistische Fraktion der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Der Dienstag-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag an den Magistrat vor, bei der Reichsregierung die Streichung der Bürgersteuer für Einkommen unter 1220 Mark zu erwirken. Die Kommunisten stimmten als einzige Partei gegen den Antrag.

SPD. Im Verfolg der Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Milderung der Bürgersteuer für die Kurzarbeiter wird bekannt, dass sich der Reichsrat bereits in der nächsten Woche mit der erforderlichen Änderung der Durchführungsbestimmungen beschäftigen wird. Damit dürfte es möglich sein, die neuen Bestimmungen bereits bei dem nächsten Abzugstermin der Bürgersteuer zur Anwendung zu bringen. Die nächste Bürgersteuerrate wird bei Lohn- und Gehaltsempfängern von den Lohnzahlungen einbehalten, die auf den 10. Februar folgen.

SPD. Brandenburg, 3. Februar (Eig. Dr.)

Die bürgerlichen Abgeordneten des hiesigen Stadtparlaments haben aus Protest gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion des Stadtparlaments vorgeschlagene Kandidatur des sozialdemokratischen Stadtrats Eichler für die Oberbürgermeisterwahl ihre Mandate niedergelegt. Eichler besitze - trotzdem er seit Jahren Stadtrat ist! - keinerlei Fachbildung und sei deshalb als Oberbürgermeister abzulehnen. Die Arbeitsmöglichkeit des Stadtparlaments ist dennoch gegeben, da die Sozialdemokratie in ihm die Mehrheit besitzt.

SPD. München, 3. Februar (Eig. Dr. hthb.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Beschwerde des Verlags des Münchener Nazi-Blattes gegen das am 30. Januar erlassene achttägige Verbot verworfen und die Massnahme der Münchener Polizeidirektion bestätigt.

SPD. Die Thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung am Mittwoch das folgende Material übergeben. Der Reichskanzler hat das Material dem Reichsminister des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Niederschrift.

Heute mittag zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der "Frankfurter Zeitung" an und teilte mir folgendes mit:

Die Redaktion der Frankfurter Zeitung habe ihm heute Nacht mitgeteilt, dass in der heute erscheinenden Nummer des von Stennes gegründeten und von Kapitän Ehrhardt fortgeführten Montagsblattes stehe:

Es würde eine grosse Ueberraschung geben. Hitler sei in einem deutschen Land bereits von einer nationalsozialistischen Regierung - wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten - eingebürgert. Die Urkunde darüber werde im "Braunen Haus" in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Notiz lasse erkennen, dass das betreffende Land Thüringen sei. Der Vertreter der Frankfurter Zeitung fragte mich, ob das für Thüringen zuträge. Ich erwiderte ihm, dass mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Ministerialrat A. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, dass er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüssten, dass sie aber nichts darüber sagen könnten, da der Minister Dr. Frick sie zur Amtsverschwiegenheit in der Angelegenheit verpflichtet habe. Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, dass ich sofort Herrn Minister Dr. Kästner der zur Zeit auf Urlaub in Gotha weilte, telefonisch über das Vorgefallene verständigte. Herr Ministerialrat A. hatte auch zum Ausdruck gebracht, dass ihm daran gelegen sei, dass Minister Dr. Kästner orientiert würde.

Minister Dr. Kästner schien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Niederschrift.

Dem vorstehenden Auftrage entsprechend habe ich daraufhin alsbald die beiden Herren aufgefordert, sich dienstlich zu äussern. Beide erklärten übereinstimmend, es sei ihnen etwas über die Angelegenheit bekannt. Minister

Dr. Frick habe sie aber ausdrücklich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Sie glaubten daher, keine Angaben machen zu dürfen, um sich nicht in Gegensatz mit § 9 des Staatsbeamtengesetzes zu bringen.

Ich machte die beiden Herren darauf aufmerksam, dass nach Ansicht des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestehe, dass vielmehr nach seiner Ansicht beide Herren verpflichtet seien, dem derzeitigen Minister am Amte auf Verlangen auch über Amtshandlungen seines Vorgängers Mitteilung zu machen, für die im übrigen für sie die Dienstverpflichtung zum Schweigen bestehe.

Beide Herren baten, dem Herrn Staatsminister Dr. Kästner ihre Auffassung mitzuteilen.

Ich teilte Herrn Minister Dr. Kästner das mit.

Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

+ + +

Weimar, den 1. Februar 1932.

Staatsminister Dr. Kästner eröffnete den Beteiligten persönlich, dass sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis gelangte dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem auferlegten Schweigegebot seines Vorgängers ständen, wahrheitsgemäss zu bekunden. Die Amtsverschwiegenheit könnte nach dem Sinn des § 9 des Staatsbeamtengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich sonach eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Äusserung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.:

Ich will nunmehr aussagen. Es hat mich schon stets bedrückt, dass ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war.

Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub abmeldete. Minister Dr. Frick liess mich am Vormittag kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür wusste ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbösen vorangesetzt "auf Anordnung", wozu Minister Dr. Frick noch erklärte, dass er für den Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, dass dem "Frontkämpfer des Weltkriegs, Adolf Hitler" die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung noch darauf, dass Adolf Hitler auf Dienstantritt und Besoldung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgezeichnet. Ich habe pflichtgemäss meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, dass ich sagte, das Thür. Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung zugezogen werden und wohl auch gesagt, dass das Staatsministerium mit der Angelegenheit befasst werden müsste. Minister Dr. Frick erklärte, dass er den - damals beurlaubten - Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich auf Dienstverschwiegenheit gegen jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter, Ministerialrat A. erfahren, dass ihn Minister Dr. Frick in die Vorgänge eingeweiht habe. Wir haben beide gemeinsam überlegt, wie wir uns gegenüber dem Schweigegebot, das uns ausserordentlich bedrückte, verhalten sollten. Es wäre uns am liebsten gewesen, wenn wir dem Nachfolger Dr. Fricks dienstlich darüber Meldung hätten machen können. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, dass das Schweigegebot dem entgegenstände. Ministerialrat A. hatte

in den führenden Kommentaren nachgesehen, aber, wie er angab, nichts zu der beregten Frage gefunden.

Minister Dr. Frick verwarf die Schreiben - Entwurf und Reinschrift selbständig. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiss ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstakten zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. Ihm hatte ich allerdings auf Befragen zum Ausdruck gebracht, dass meiner Meinung nach Hitler durch seine Beteiligung am Weltkrieg auf deutscher Seite Anspruch auf Einbürgerung haben müsste.

Darauf erklärte der Ministerialrat A.:

Ich begrüße es, dass ich nunmehr gezwungen werde, das was ich weiss, auszusagen. Eines Tages, wohl im Juli 1930, sagte mir der Oberregierungsrat B., er komme eben vom Minister Frick und habe dort auf dessen Anweisung an einer Sache mitwirken müssen, die vielleicht von ausserordentlicher Tragweite sein würde, er sei aber zu strengster amtsverschwiegenheit verpflichtet worden. Er fühle sich sehr bedrückt dadurch. Auf meine Frage, ob die Sache ihn persönlich betreffe, oder ob die Polizeiabteilung des Ministeriums dabei beteiligt sei, sagte er, persönlich seien wir beide nicht dabei beteiligt, die Polizeiabteilung gehe die Sache aber an. Ich machte keinen weiteren Versuch, aus Herrn B. etwas herauszubekommen, um ihn nicht in Konflikt zu bringen und da ich seine strenge Dienstauffassung kenne.

Etwa 8 Tage danach ging ich zum Minister Dr. Frick zum Vortrag, er wollte an diesem Tage auf Urlaub gehen. Nachdem ich meine Sachen vorgetragen hatte, sagte der Minister, er wolle mir jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die meine Abteilung betreffe. Er verpflichtete mich aber ausdrücklich zu strengster Amtverschwiegenheit gegen jedermann. Er gab mir darauf ein Blatt Papier zum Lesen. Es war das Formular einer Anstellungsurkunde, auf dem in der Schrift des Oberregierungsrats B. stand, dass der "Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Hitler in München" zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannt wurde.. Als ich diese ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Frick, das ginge doch nicht; die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müsse doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frick entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und handele in doppelter Eigenschaft als Innenminister und als Finanzminister. Ich las dann weiter bis zum Ende, weiss aber infolge der Erregung, in der ich mich befand, nur noch dunkel, dass irgend ein Passus darin stand, wonach Hitler irgendwelche Rechte auf Amt oder Gehalt aus der Anstellung nicht herleite. Ob die Urkunde unterschrieben war, kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiss nur, dass ich in der rechten unteren Ecke das Signum des Oberregierungsrats B. suchte. Es stand aber nichts da. Nachdem ich gelesen hatte, gab ich die Urkunde Dr. Frick wieder. Dr. Frick sagte mir, die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmerie-Oberwachmeister Z. dann besetzt werden.

Ich sagte dann dem Minister Dr. Frick, es sei mir unangenehm, dass ich Kenntnis erhalten habe. An sich sei Hitler die Einbürgerung zu gönnen, da er im Kriege sich in der Front das E K I erworben habe und ich es nicht verstehe, dass ihm die Einbürgerung bisher verweigert worden sei. Ich hätte aber doch Zweifel, ob die mir vorgelegte Urkunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei.

Ich sprach dann mit Oberregierungsrat B. über die Sache, nachdem dieser vom Urlaub zurückgekehrt war. Wir waren beide ausserordentlich bedrückt, dass wir davon wussten. Nachdem Minister Dr. Frick aus der Regierung ausgeschieden war, habe ich mit Herrn B. zusammen öfter beraten, ob wir nunmehr dem Nachfolger Dr. Fricks auch ohne unmittelbare Veranlassung Mitteilung machen müssten. Ich habe zu dem Zweck auch beamtenrechtliche Kommentare nachgesehen, habe auch mit dem Personalreferenten des Ministeriums über die grundsätzliche

Seite der Frage Rücksprache genommen; das Resultat meiner Ueberlegung war aber dass ich mich nach wie vor an das Schweigegebot gebunden fühlte. Oberregierungsrat B. war der gleichen Ansicht. Ich bin glücklich, dass jetzt die Last des Geheimnisses, die mich ausserordentlich bedrückt hat, von mir genommen wird.

Uebrigens kam ich bei meinen Ueberlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, dass eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Aushändigung der Anstellungsurkunde wohl garnicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amte verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, dass die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

+

Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. baten im Anschluss an ihre Vernehmung, dass entweder das Ministerium dem früheren Staatsminister Dr. Frick von ihrer Aussage Mitteilung gäbe oder dass sie ermächtigt würden, ihm davon Mitteilung zu machen; sie hielten das für angebracht, nachdem sie die Anweisung zur Aussage entgegen der Anordnung des früheren Ministers erhalten hätten. Staatsminister Dr. Kästner erklärte, er müsse sich die Entscheidung darüber vorbehalten.

V. g. u.
Gez. A. gez. B.
Ministerialrat. Oberregierungsrat.

Nachrichtlich:
gez. Walther
Ministerialrat.

SPD. Paris, 5. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wurde am Mittwoch-Vormittag die Generaldebatte über den Wahlreformvorschlag des Abgeordneten Mandel fortgesetzt.

Zu Beginn der Kammersitzung kam es während einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Sixte-Quenin zu einem aufregenden Zwischenfall. Der Redner erklärte, wenn man den zweiten Wahlgang abschaffen wolle, dann solle man doch ganze Arbeit machen und auch den ersten Wahlgang beseitigen. In diesem Sinne habe er einen Gegenentwurf eingebracht, der die Ernennung der Abgeordneten durch den Innenminister nach Anhörung einer Kommission vorsehe, in der nur Vertreter der Rechtsparteien sitzen. Die Auswahl der Kommissionsmitglieder stosse vielleicht auf Schwierigkeiten, aber er sei der Meinung, dass ihr unbedingt die beiden Abgeordneten Le Guen und Barbot angehören müssten. Die beiden Abgeordneten seien dadurch verächtigt, dass sie oft in nicht nüchternem Zustand in der Kammer erscheinen. Barbot, der während dieser Ausführungen gerade den Sitzungssaal betrat, geriet über die Ausführungen von Sixte so in Wut, dass er zur Tribüne stürzte und den Redner am Kragen packen wollte. Einige Saaldiener konnten dies im letzten Augenblick verhindern. Barbot ergriff darauf den Stock eines neben ihm stehenden Abgeordneten und schlug damit über den Stenographentisch hinweg auf die Rednertribüne, was einen ungeheuren Tumult auslöste. Schliesslich wurde Barbot von einigen Abgeordneten auf seinen Platz dirigiert. Als ihm jetzt der Sozialist Renaudel zurief, er solle lieber in den Ausschank gehen, ergriff Barbot die auf seinem Tisch stehenden Kästen mit den Stimmzetteln und wollte sie Renaudel an den Kopf schleudern. Ein neben ihm sitzender Abgeordneter verhinderte jedoch den Wurf. Darauf beruhigte sich Barbot und Sixte-Quenin konnte seine Rede beenden.

Die Debatte wird in einer um 10 Uhr beginnenden Nachtsitzung fortgesetzt.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. vor der Strafkammer des Landgerichts III äusserte sich der Angeklagte Katzenellenbogen am Mittwoch sehr ausführlich zur Frage des Effekten-Konsortiums. In den in diesem Zusammenhang getätigten Transaktionen sieht die Anklage den Tatbestand der handelsrechtlichen Untreue nach § 312 des HGB.

Katzenellenbogen begann damit, dass er diesen Teil der Anklage als den bedeutsamsten bezeichnete, da er ihm seine Inhaftbehaltung verdanke. Er fühle sich in diesem Fall durchaus unschuldig. Bei der im Jahre 1927 erfolgten Kapitalserhöhung der Schultheiss-Patzenhofer A.G. und der Ostwerke, so führte der Angeklagte aus, sei die Katzenellenbogen G.m.b.H. genötigt gewesen, 6 Millionen Reichsmark aufzubringen, um die jungen Aktien zu beziehen. Der Konzern sei daran interessiert gewesen, dass sich die Ludwig Katzenellenbogen G.m.b.H. die notwendigen Summen nicht durch Aktienverkauf oder durch Veräusserung von Bezugsrechten beschaffte, da man sonst einen Druck auf die Börse befürchtete. In einem ausgesiebten Kreis, zu dem u.a. Jakob Goldschmidt, Bankdirektor von Stauss und Generaldirektor Dr. Sobernheim gehört hatte, sei die Frage der Beschaffung dieser 6 Millionen Reichsmark erörtert worden. Damals habe die Deutsche Bank vorgeschlagen, die Mittel unter vorteilhaften Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Da es im Interesse des Konzerns gelegen wäre, habe er diesen Weg beschritten und den Kredit in Höhe von 6 Millionen Mark zu je 3 Millionen von der Deutschen Bank und der eidgenössischen Bank in Zürich in Anspruch genommen. "Ich habe seinerzeit Wert darauf gelegt, dass eventuell der Konzern einspringen sollte, wenn es wieder nötig sein würde. Sowohl Generaldirektor Sobernheim wie Herr von Stauss müssen sich m.E. daran erinnern."

Vorgänger des Effekten-Konsortiums war ein sogenannter Pool-Vertrag zwischen der Katzenellenbogen G.m.b.H., den Ostwerken und Schultheiss. Als Ostwerke und Schultheiss sich fusionierten, beschloss man, die Effekten-Konsortium G.m.b.H. zu gründen, in die man Vorzugsaktien und Stammaktien einbrachte. "Ich erinnerte dabei - so fuhr Katzenellenbogen fort - Dr. Sobernheim an die mir im Jahre 1927 gemachten Versprechungen bezüglich der 6 Millionen Mark und machte u.a. darauf aufmerksam, dass mir gegenüber für die zu verkaufenden Schultheiss-Aktien als Bezahlung Bankschulden auf die Effekten-Konsortium G.m.b.H. übernommen werden sollten. Ferner betonte ich, dass die übrigen Gesellschafter ihre Forderungen aus den Aktienverkäufen stehen lassen müssten, weil es dem Konsortium nicht möglich wäre, sämtliche in Betracht kommenden Posten bar zu bezahlen. Wir einigten uns auf einen Kurs von 200 Prozent, nachdem wir 185 in Aussicht genommen hatten. Uebrigens war die Höhe des Übernahme-kurses unwesentlich."

Katzenellenbogen wandte sich dann gegen den Vorwurf der Anklage, dass er beliehene Aktien eingebracht hätte. Er wäre damals so kreditwürdig gewesen, dass ein einziges Telefongespräch genügt hätte, um sämtliche Aktien auf einen Schlag herauszubekommen. Ein Risiko für das Konsortium hätte nur eintreten können, wenn der Kurs ungewöhnlich sank. Er hätte die Möglichkeit eines Schultheiss-Kurses unter 100 Prozent auch nicht im Traum angenommen. Durch die Kursentwicklung hätten das Effekten-Konsortium und er, Katzenellenbogen, erhebliche Nachteile gehabt, für Schultheiss-Patzenhofer seien die Transaktionen von Vorteil gewesen. Bei Nichtgründung der Effekten-Konsortium G.m.b.H. habe Schultheiss-Patzenhofer einen Mehrverlust von vielen hunderttausend Mark gehabt.

Die Frage ist nun, wann und in welchem Umfange der Angeklagte Katzenellenbogen den Verwaltungsmitgliedern davon Mitteilung gemacht hat, dass er auf Grund der eingebrachten Aktien erhebliche Bankschulden hatte und die Gesellschaft mit der Aktienübernahme auch die Bankschuldenübernahme. Dr. Sobernheim hat, wie er angibt, vor dem Sommer 1931 keinerlei Einzelheiten erfahren und will vor allen Dingen über die Zusammenhänge nicht orientiert worden sein. Katzenellenbogen hingegen behauptet und sucht zu beweisen, dass er bereits in der ersten Hälfte 1930 Sobernheim verschiedentliche Male über seine Lombardschuld bei den Banken aufgeklärt hat. Uebrigens wollen auch die anderen Angeklagten mehr oder weniger "nichts Näheres wissen".

SPD. London, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die japanische Antwort auf die Note der Mächte an Japan und China war bis Mittwoch-Abend in London noch nicht eingetroffen. Auch die chinesische Antwort lag am Mittwoch-Abend in London noch nicht vor. In Washington ist sie jedoch bereits eingetroffen. Darin nimmt China die Vorschläge der Mächte bereitwilligst an.

Aus Tokio wird gemeldet, dass die Japaner der Note zustimmen wollen aber nur mit gewissen nicht unwesentlichen Vorbehalten bezüglich der Zurückziehung der chinesischen Truppen und der Beteiligung der anderen Mächte an der Regelung der Streitfragen. Die Japaner wollen die Truppen nur dann abberufen, wenn die Chinesen sich in grössere Entfernung von den japanischen Siedlungen zurückziehen. Die Beteiligung anderer Mächte bei der Behandlung der Streitfragen will Japan ablehnen. Unterdessen wendet sich die japanische Presse ausserordentlich scharf gegen die Einmischung der westlichen Mächte. Die Botschaften von Amerika, England und Frankreich in Tokio sind inzwischen durch Truppen gesichert worden.

In und um Schanghai wird weiter gekämpft. In der Stadt halten sich die Chinesen erfolgreich.

SPD. Dresden, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Rechtsausschuss des Sächsischen Landtags stimmten die Kommunisten und Faschisten am Mittwoch dem kommunistischen Volksbegehren auf Landtagsauflösung zu. Die Staatspartei beantragte, die Regierung um ein juristisches Gutachten darüber zu ersuchen, ob eine Bestimmung des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid bezüglich der Wahlberechtigung der Wähler, die seit Abschluss der letzten Listen das 20. Lebensjahr vollendeten, nicht im Widerspruch zur Verfassung stehe. Bis zur Erstattung dieses Gutachtens wurde die Beschlussfassung über das Volksbegehren ausgesetzt.

SPD. New York, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Toten der Erdbeben-Katastrophe in Süd-Kuba wird nach neueren Meldungen offiziell nur auf 15 beziffert. Die Zahl der Schwerverwundeten wird mit 350 angegeben. Ausserordentlich gross soll der Materialschaden sein.

SPD. New York, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die in Nanking lebenden amerikanischen Frauen und Kinder wurden am Mittwoch aus der Stadt entfernt. Die Entfernung erfolgte auf Anordnung der amerikanischen Regierung.

SPD. In der Mittwoch-Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags wurde die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung fortgesetzt.

Die Regierung liess in Ergänzung ihrer Mitteilungen vom Vortage über die Zahlungen der Länder an die ehemaligen Fürstenhäuser mitteilen, dass Hessen trotz seiner Finanznot ab 1928 insgesamt 20 Jahre lang jährlich 590 000 Mark an das frühere herzogliche Haus zahlen muss, obwohl inzwischen bereits eine einmalige Summe von einer Million gezahlt worden ist.

Abg. Marum stellte im Verlauf der Debatte zu dem sozialdemokratischen

Antrag einen Zusatzantrag, nach dem die durch die Neuregelung der Renten für die Fürsten freiwerdenden Mittel für eine bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten benutzt werden sollen. Marum wandte sich ausserdem gegen die dem Geist der Verfassung durchaus widersprechende Ausweitung des Enteignungsbegriffs, wie sie durch das Reichsgericht wiederholt erfolgt ist. Der Ausschuss vertagte dann die Beratungen auf Freitag, den 12. Februar. Bis dahin soll die Reichsregierung eine Stellungnahme der Länderregierungen zu der Frage einer Ermächtigung im Sinne des sozialdemokratischen Antrages herbeiführen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag:-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Wir marschieren!

SPD. Wie eine mächtig wogende Welle hat sich in den letzten Wochen die Parole von der Eisernen Front über das politische Leben in Deutschland ergossen. Die Massen der sozialistischen Arbeiterschaft haben sich auf den Ruf ihrer Führer in Scharen erhoben, eisern entschlossen, den Terror der Hitlerbanden zu brechen. Aus allen Lagern und Organisationen sind sie zusammengeströmt und stehen nun Schulter an Schulter - eine Eisernen Front.

In Tausenden von Versammlungen werden in diesen Tagen die Forderungen des republikanischen Volkes erhoben. Bis auf das letzte Dorf in Ostpreussen - in die Elendsbezirke in Schlesien - in die Häuser der frierenden und hungern den Kumpels im Industriegebiet rütteln die Redner die Hunderttausende, die in die Versammlungen kommen, auf. Und überall das gleiche Bild, überall dieselbe Wirkung: Zu den Männern, die schon in Peih und Glied standen, kommen Unzählige hinzu! Sie erkennen, um was heute der Kampf geht und sie wollen nicht Mitläufer sein, sondern aktive Kämpfer. Es ist unmöglich, diese Volksbewegung in nüchternen Zahlen zu beschreiben. Nur einige wenige Beispiele seien verzeichnet.

Ostpreussen, das Junkerparadies von ehemals meldet aus der letzten Januarhälfte mehr als 150 öffentliche Versammlungen mit über 60 000 Teilnehmern. Die Stimmung war überall ausgezeichnet.

Niederschlesien hat in der gleichen Zeit 100 Veranstaltungen zu verzeichnen. Die Teilnehmerzahl hat 33 340 erreicht. Hier haben die Nazis mehrfach schmerzlichen erfahren müssen, dass sie nicht die Herren im Hause sind. Durch das entschiedene Auftreten unserer Parteifreunde wurde überall der ruhige Verlauf der Veranstaltungen garantiert, und so wurden grosse Scharen der Bevölkerung, die das Rowdytum der S.A. dem politischen Leben entfremdet hatte, wieder aktiviert.

In Mittelschlesien konnten in den ersten drei Januarwochen 388 Versammlungen und Kundgebungen abgehalten werden. 26 840 Besucher wurden gezählt.

In Pommern fanden allein in der letzten Woche 58 öffentliche Versammlungen statt, an denen rund 4 500 Männer und Frauen teilnahmen.

Im Süden des Reiches schliesst die Front der Arbeiterschaft sich ebenfalls. So fanden z.B. im Bezirk Franken schon in der ersten Woche des Januar 141 Versammlungen mit rund 14 830 Zuhörern statt. In diesem "Stammland" der Hitlerei ist die Bevölkerung bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums empört über die verlogene Katastrophenpolitik der Nazis und fordert stürmisch, dieser Sorte von "Politikern" das Handwerk zu legen.

Am Niederrhein und am Oberrhein wurden in allen grösseren Städten unter dem Banner der Eisernen Front Versammlungen abgehalten, die fast alle überfüllt waren. So wurden in Wuppertal an einem Tage 3 Säle mit 7 000 Personen gefüllt. Sehr stark war auch die Teilnahme in Düsseldorf, Duisburg, Mühlheim, Langenberg, Aachen, Köln, Brühl und in anderen Orten. In den genannten Städten zählte man allein 22 000 Männer und Frauen.

Hessen-Nassau meldet 97 Versammlungen in der letzten Monatshälfte. Für die gleiche Zeit berichtet Hannover über 83 Versammlungen mit 7 500 Besuchern, Bezirk Magdeburg 134 mit 23 720 Erschienenen, Schleswig-Holstein 150 Versammlungen, viele davon polizeilich wegen Ueberfüllung geschlossen.

Jeder Tag bringt neue Berichte aus dem ganzen Reich. Aus allen geht hervor, die Eisernen Front ist geschlossen. Schon mehren sich die Verbote der Hitleroffiziere an ihre Landsknechte, die Versammlungen der Eisernen Front zu besuchen. Die Nazischäuflein sollen nicht erfahren, wie lebendig es im Lager der "Marxisten" ist.

Die Kommunisten schimpfen und poltern. Die Felle ihrer "Einheitsfront" werden vom reissenden Strom der Massenbewegung der Eisernen Front hinweggeschwemmt.

Kein Terror und keine Verleumdung hilft den Hitlerianern und Thäl-
männern - die Eiserne Front ist formiert, überall setzen sich ihre Reihen
in Marsch. Das Errungene wird zäh verteidigt und es wird am Ausbau der
Stellung so emsig gearbeitet, dass sie allen Stürmen siegreich zu trotzen
vermag. An alle, die noch abseits stehen, ergeht der Ruf :

Stehe auch Du Deinen Mann!
Hinein in die Eiserne Front!

SPD. Dresden, 3. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Lange, der am Dienstag auf
Ersuchen der Dresdner Staatsanwaltschaft wegen Verdachts des Zeugenmeineids
im Uralzef-Prozess verhaftet wurde, ist auf sein Verlangen nach Dresden ge-
bracht worden. Lange hat gegen seine Verhaftung bereits Beschwerde eingelegt
und einen Haftprüfungstermin beantragt, der aber wenig Aussicht auf Erfolg
haben dürfte.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident
teilt mit :

Am 20. Januar 1932 wurden in Berlin-Falkensee eine Reihe von Personen fest-
genommen, die indem dringenden Verdacht standen, die Zersetzung der Reichswehr
in Elsgrund im Auftrage der KPD zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde um-
fangreiches kommunistisches Zersetzungsmaterial, bei einem der Beschuldigten
wurden ausserdem 3 Pistolen, Munition, ein MG-Schloss, Handgranatenköpfe- und
Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augen-
blick, als er in einem Kaffee in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen sass
und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von
ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen. Gegen die Beschuldig-
ten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet wor-
den. Vom Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidium wurde gegen 6 Beschuldigte
Haftbefehl erlassen.

SPD. In der Nacht zum Mittwoch ist in Pfungstadt bei Darmstadt der frühe-
re sozialdemokratische hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft im Kabinett
Ulrich Georg Raab im Alter von 62 Jahren gestorben.

SPD. Am Mittwoch fand im Reichstag eine Besprechung zwischen den Vor-
ständen der Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und
des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, in der die verschiedenen Pläne
für umfangreiche Arbeitsbeschaffung ausgiebig erörtert wurden. Die Ausspra-
che wurde nicht beendet, sie soll fortgesetzt werden. Uebereinstimmung be-
stand unter den verschiedenen Körperschaften darüber, dass alle Möglichkeiten
zur Arbeitsbeschaffung gefördert, ebenso entschieden aber etwaige inflatio-
nistische Gefahren bekämpft werden müssen.

Aus aller Welt

Erdbebenkatastrophe in Cuba.

500 Häuser in Santiago zerstört. - 1500 Tote. - Erschwerte Rettungsarbeiten. Schreckensszenen und Panik.

SPD. New York, 3. Februar (Eig. Bericht)

Die Cubanische Provinzhauptstadt Santiago de Cuba wurde von einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Etwa 500 Häuser sind zusammengestürzt und vollkommen zerstört. Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 1500. In verschiedenen Teilen der Stadt brachen Grossfeuer aus. Auch die berühmte Kathedrale von Santiago, das Wahrzeichen der Erzbischöfsstadt, ist eingestürzt und ein Raub der Flammen geworden. Die cubanische Regierung entsandte Militär und Hilfsmannschaften in das Unglücksgebiet. Ausserdem wurden zahlreiche Flugzeuge mit Ärzten, Medikamenten und Lebensmitteln zu dem Katastrophenort beordert.

Die Hauptstösse wurden in Santiago am Mittwoch morgen um 2 Uhr 41 amerikanischer Zeit (8 Uhr 41 früh europäischer Zeit) verspürt. Da die Katastrophengestadt durch das Erdbeben fast völlig von der Umwelt abgeschnitten ist und die wenigen intakt gebliebenen Kabel von der Stadtverwaltung nur zu dringenden Meldungen und zu steten Hilferufen verwandt werden, lässt sich der Umfang der Katastrophe noch nicht genau überblicken. Sämtliche Telephonleitungen sind unterbrochen. Infolge der Zerstörung der Wasserwerke der Stadt ist die Trinkwasserversorgung unterbunden; ebenso wurden sämtliche Lichtleitungen zerstört.

Die tiefe Finsternis, die über der Stadt unmittelbar nach dem Ausbruch der Katastrophe lagerte, erschwerte die Rettungsarbeiten ungemein und trug zur Vergrösserung der allgemeinen Panikstimmung bei. Grelle Schreie des Grauens und Entsetzens hallten durch die Luft. In notdürftigster Bekleidung durcheilten tausende von Verzweifelten die Strassen, schrieten nach ihren vermissten Angehörigen, weinten und beteten. Polizei und Militär versuchten die erste Hilfe zu organisieren und die unter den Trümmern Begrabenen zu bergen. Im unteren Stockwerk eines grossen Wohnhauses wurden die Leichen von 14 Personen gefunden. In den schleunigst errichteten Verbandsstationen verrichteten die Ärzte ihr schwieriges Werk bei fahlem Licht von Notlaternen und Fackeln. Die Strassen der Stadt sind teilweise geborsten und mit Schuttmassen, entwurzelten Bäumen und geknickten Laternenpfählen übersät und dadurch fast unpassierbar geworden. Um Plünderungen zu vermeiden, wurde der Belagerungszustand verhängt.

Santiago de Cuba ist die Provinzhauptstadt der grossen 1200 Kilometer langen Antilleninsel Cuba im westindischen Archipel. Von den 62 000 Einwohnern der Stadt sind 71 Prozent Weisse, 26 Prozent Farbige. Die an einer grossen Bucht an der Südseite der Insel äusserst malerisch gelagerte Stadt ist in einem ausgesprochenen Erdbeben- und Tornadogebiet gelegen. Die meisten Häuser von Santiago, das wegen seines subtropischen Klimas in letzter Zeit von vielen reisenden Amerikanern als Winterkurort häufig bevorzugt wurde, sind deshalb meist einstöckig gebaut. Allerdings liess der durch Schnellverbindungen aus Florida stark geförderte Fremdenverkehr gerade in letzter Zeit auch eine Reihe moderner hochstöckiger Hotels und andere grosse Bauten erstehen; vermutlich dürften diese Gebäude durch die Katastrophe besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Ausser dem Fremdenverkehr schafft industrielle Arbeit der Bevölkerung Erwerb: Santiago hat eine grosse Zahl bedeutender Zigarrenfabriken, Eisen

giessereien und Kerzenfabriken; auch die Kaffee- und Zuckerplantagen des Landes bringen der handelseifrigen Hafenstadt Arbeit.

Die 30 Sekunden lang währenden Erdbebenstöße wurden auch von den Apparaten mehrerer deutschen Erdbebenwarten aufgezeichnet. Allem Anschein nach handelt es sich um ein sogenanntes tektonisches oder Dislokationsbeben, wie es zumeist als Begleiterscheinung von Brüchen oder Verschiebungen in der Erdkruste auftritt. Die Wissenschaft kennt ausserdem noch die ziemlich seltenen und örtlich begrenzten Einsturzbeben, die durch den Einsturz unterirdischer Hohlräume entstehen; ferner die gleichfalls meist engbegrenzten, oft aber in ihrer Auswirkung schrecklichen vulkanischen Beben, die ihre Ursache in Erdschütterungen durch Vulkanausbrüche und Lavabewegungen haben. Der Krakatau-Ausbruch auf Java im Jahre 1883, der 40 000 Todesopfer forderte, ist das erschütterndste Beispiel für eine solche vulkanische Erdkatastrophe.

Bei den Erdbeben, durch die Amerika und seine Inselgruppen heimgesucht wurden, hat es sich zumeist um tektonische Beben gehandelt: bei einer Erdbebenkatastrophe im Jahre 1692 wurde der Hafen von Port Royal auf Jamaika (südlich Cuba) zerstört; 1767 wütete ein Erdbeben in Martinique; bei einem Erdbeben auf Peru (1868) kamen 70 000 Menschen ums Leben; bei dem noch in lebhafter Erinnerung stehenden Erdbeben in San Franzisko (1906) wurden 1000 Menschen getötet und 200 000 obdachlos. Am 31. März 1931 ereignete sich das letzte grosse amerikanische Erdbeben in Nikaragua: 5000 Menschen kamen damals ums Leben.

Fahrlässigkeit: Zuchthaus. Vom Schöffengericht in Darmstadt wurde der mehrfach vorbestrafte J. Rahner aus Biebrich wegen fahrlässiger Tötung zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Rahner, der Mitglied einer grossen Diebesbande war, die durch Viehdiebstähle das rhein-mainische Gebiet unsicher machte und deshalb vor einigen Monaten vom Frankfurter Gericht abgeurteilt wurde, hatte im vorigen Jahr mit seinem Lastkraftwagen bei Arheilgen einen Schreinerlehrling überfahren und getötet. Man fand die Leiche zwischen Kühler und Kotflügel eingeklemmt.

"Aufgedrängt" - veruntreut. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Mittwoch der frühere Depositenkassenvorsteher Hans Brüggemann aus Berlin O. wegen Veruntreuung von Geldern in Höhe von 340 000 Mark zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Brüggemann erklärte, dass ihm seine Bekannten das Geld geradezu "aufgedrängt" hätten, um in der Absicht der Steuerhinterziehung zu vermeiden, dass die Beträge über die Bankkonten liefen. Der Angeklagte vergriff sich an den ihm anvertrauten Geldern, nachdem ihm mehrere private Spekulationen verunglückt waren. Das vom Gericht gefällte Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

Mord auf dem Lumpenplatz. Auf einem Lumpenlagerplatz in Berlin N. wurde der 27-jährige Produkthändler Willi Kienas überfallen und durch Beilhiebtödlich verletzt. Polizeibeamte fanden bei ihren Nachforschungen in der Wohnung des Erschlagenen auch die Frau des Getöteten und seinen 20-jährigen Stiefsohn mit schweren Verletzungen vor. Es scheint sich bei der Tat um einen Raubheakt zu handeln. 7 Personen, die als Täter direkt oder indirekt in Frage kommen, wurden verhaftet.

Schutz für Geldbriefträger. In den Städten Oesterreichs sollen die Geldbriefträger mit Stahlruten, auf dem Lande mit Revolvern ausgerüstet werden. Wiederholte Überfälle auf Geldbriefträger sind die Veranlassung zu dieser Massnahme.

Unterm Auto verbrannt. Bei Dettenfeld im Westerwald geriet der Lieferwagen einer Bonner Benzinfirmas ins Schleudern, stiess gegen einen Baum und stürzte eine Böschung hinab. Mehrere Benzinfässer explodierten und setzten den Wagen in Flammen. Von den Insassen des Autos kamen der Führer und seine Frau, die beide unter den Wagen geraten waren, im Feuer um. Die fünfjährige Tochter des verbrannten Ehepaares wurde im letzten Augenblick von einem vorbeifahrenden Automobilisten aus dem brennenden Auto gerissen, verstarb aber nach kurzer Zeit an den erlittenen Verletzungen.

Nazi gegen Moissi. Bei einem Wiener Gastspiel des Schauspielers Alexander Moissi im Raimund-Theater wurden nach der Dienstag-Vorstellung im Zuschauerraum Stinkbomben gefunden, die jedoch, offenbar programmwidrig, nicht explodiert waren. Nach Theaterschluss sammelte sich vor dem Hause ein grosser Trupp österreichischer Nazis, die fortwährend im Sprechchor "Pfui Moissi! Abzug Moissi!" bellten. Die Polizei vertrieb die Demonstranten; 13 Schreier wurden zwangsgestellt. Die österreichischen Nazis sind nach wie vor fälschlich davon überzeugt, dass der Italiener Moissi Jude ist und dass sein viel diskutierter Besuch in der Salzburger Frauenklinik den Zweck der "Verhöhnung des arischen Weibtums" hatte. In Wahrheit hatte Moissi die Salzburger Klinik studienhalber als Romanautor und mit Einverständnis des leitenden Professors besucht.

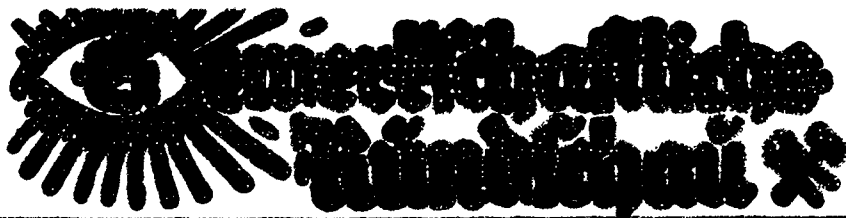
Wieder Notgeld... Eine grosse Anzahl von mittelamerikanischen Städten sieht sich wegen Zahlungsunfähigkeit ihrer Banken veranlasst, Notgeld einzuführen. Zumeist sind kleinere Städte von 5 000 bis 25 000 Einwohnern zu dieser Selbsthilfe gezwungen.

Der Tod als Kunststück. In einer Gastwirtschaft in Oberflockenbach bei Weinheim an der Bergstrasse führte ein 20-jähriger Tapezierer den Gästen gymnastische Kunststücke vor. Plötzlich brach der junge Mann mit einem lauten Aufschrei zusammen. Er hatte vergessen, dass er in seiner Tasche ein offenes, feststehendes Messer trug. Das Messer war ihm ins Herz gedrungen. Nach wenigen Sekunden trat der Tod ein.

Sechs Flugzeuge vermisst. Im Gebiet der Vereinigten Staaten werden augenblicklich 6 Flugzeuge mit 13 Personen vermisst. Sämtliche Maschinen waren in Sturm und Nebel geraten und infolgedessen von ihrer planmässigen Fluglinie abgerrt. Luftpatrouillen, Automobile und Motorboote bemühen sich, die verschollenen Flugzeuge aufzufinden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte die eine der Partouillen die verbrannten Reste eines Grossflugzeuges, das vor wenigen Tagen mit 7 Passagieren abgestürzt ist.

Dreifaches Todesurteil. Vom Schwurgericht in Weiden (Bayern) wurde nach mehrtägiger Verhandlung der Dienstknecht Felix Schieder wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode verurteilt. Aus Rache und Habgier hatte Schieder, der wegen seines Lebenswandels von der Hoferbfolge ausgeschlossen worden war, seinem Bruder, dessen Frau und zweijähriges Kind ums Leben gebracht. Die 72jährige Mutter des Verurteilten war der Beihilfe angeklagt, wurde jedoch entgegen dem Antrag des Staatsanwalts freigesprochen.

Der Kampf um Ehrenfest. Der in Portugal vor einiger Zeit verhaftete flüchtige Direktor der Wiener Amstelbank Ehrenfest wird aufgrund eines Beschlusses des portugiesischen Ministerrats nicht an Oesterreich ausgeliefert werden. Das österreichische Auslieferungsbegehren stützt sich auf ein Gesetz mit rückwirkender Kraft. Der portugiesische Ministerrat macht geltend, dass infolge dieses Tatbestandes die Verhaftung Ehrenfestes zu Unrecht erfolgt sei.



Klassenkampf in Polen.

Schwerer Arbeitskonflikt in der Montan-Industrie.

SPD. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hat in Polen eine Anzahl scharfer Arbeitskonflikte ausgelöst. Nur mit Mühe ist bis jetzt in der Montanindustrie ein Riesenstreik, der hunderttausend Berg- und Hüttenarbeiter umfassen würde, vermieden worden, während in Lodz schon seit 14 Tagen ein allgemeiner Verkehrsstreik gegen die Lohnkürzungen im Gange ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Revier der polnischen Schwerindustrie ist katastrophal; denn die Hauptlast der Arbeitslosigkeit Polens entfällt auf die Gruben- und Hüttenbezirke. Von den mehr als 300 000 Erwerbslosen, die Ende Dezember bei den polnischen Arbeitsämtern eingetragen waren - in Wirklichkeit dürfte die Gesamtarbeitslosigkeit in Polen etwa 600 000 Menschen umfassen - kommt fast ein Viertel auf die ostoberschlesischen Industriebezirke und auf das Kohlenrevier von Dombrowa.

Mitte Januar hat die Schwerindustrie zu einem Generalangriff auf den Lohn angesetzt. Die Forderung der Industriellen zielte auf einen allgemeinen Lohnabbau von 21 % ab. Teile der Eisen- und Hüttenarbeiter sollten sogar bis zu 25 % auf einmal gekürzt werden. Da schon die bisherigen Löhne in der polnischen Schwerindustrie weit unter dem tiefsten Stand der mittel- und westeuropäischen Länder stehen - der ostoberschlesische Bergarbeiter erhält pro Schicht 4,80 Mark und der Hüttenarbeiter 5,45 Mark - so hätte die Durchführung des beabsichtigten Lohnabbaues die Löhne der polnischen Kumpel auf 3,80 und der Eisenarbeiter auf 4,09 abgebaut. Wenn auch die Lebenshaltungskosten in Polen zweifellos niedriger sind als in Deutschland und in Westeuropa, so hätte ein Wochenlohn nach eingetretenem Abbau von 22,80 Mark für den Bergarbeiter und von 24,50 Mark für den Eisenarbeiter die Lebenshaltung dieser Arbeiterschichten weit unter das Existenzminimum herabgedrückt. Dabei sind die von uns aufgestellten Lohnberechnungen sehr optimistisch gehalten, da sie auf volle Arbeit berechnet sind. Aber sowohl im Kohlenbecken von Dombrowa wie in Ostoberschlesien wird schon seit Monaten scharf verkürzt gearbeitet. Darüber hinaus zielt der Angriff der Unternehmer, unterstützt von gewissen Stellen der polnischen Regierung, darauf ab, soziale Errungenschaften radikal zu streichen und die Berufsverbände der Arbeiter zu vernichten.

Gegen diese scharfmacherischen Pläne hat der Kongress der Arbeitsgemeinschaften sämtlicher Gruben und Hütten eine einheitliche Abwehrfront gebildet. Der Versuch, eine Lohnkürzung um 21, bzw. 25 Prozent der Arbeiterschaft aufzuzwingen, wurde mit der Androhung eines allgemeinen Streiks beantwortet. Für das ostoberschlesische Gebiet ist dieser Streik in letzter Minute durch den Schiedsspruch, der eine achtprozentige Lohnkürzung vorsieht, verhindert worden. Die Erabstimmung über die Frage des Eintritts in den Streik auf den ostoberschlesischen Gruben ist noch in vollem Gang; die Arbeiter haben jedoch, soweit bis jetzt eine Uebersicht möglich ist, sich nach dem Schiedsspruch fast überall mit grosser Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen. Nur auf dem Karnals-Freund-Schacht, der zur Florentinen-Gruben in Hohenlinde gehört, und auf der Brade-Grube sind wilde Streiks ausgebrochen. Im Revier von Dombrowa stehen die Dinge im Augenblick noch auf des Messers Schneide. Wohl rechnet man auch dort damit, dass die Gefahr eines allgemeinen Streiks behoben wird, allein die Situation ist dadurch scharf zugespitzt, dass die Unternehmer mit den Lohnzahlun-

lungen seit Wochen im Rückstand sind, und in mehreren Gruben von Sosnowice Proteststreiks ausbrachen.

Die Haltung der polnischen Regierung in dem schweren Konflikt ist reichlich zweideutig. Auf der einen Seite will sie angesichts der schon ohnehin schwierigen Situation des Landes grosse Arbeitskämpfe vermeiden, andererseits will sie durch gesteigerte Ausfuhr die Devisenbilanz Polens ausgleichen. Der Kohleexport, der bisher das stärkste Aktivum der polnischen Handelsbilanz darstellte, hat jedoch durch die Abwertung des englischen Pfundes einen schweren Schlag erhalten. Nicht allein von den skandinavischen Märkten, die Polen noch 1931 mit insgesamt 9,32 Millionen Tonnen Kohle belieferte, sieht es sich mehr und mehr verdrängt, sondern die englische Kohle dringt bereits über Danzig und Gdingen bis in das Korridorgebiet. Die Subventionen, die die Regierung dem Kohlenbergbau zur Förderung des Exports in Höhe von 2,50 Zloty pro Tonne (1,17 Mark) als Darlehen gab, haben diese Entwicklung nicht aufhalten können. Unter dem scharfen Druck des verhängnisvollen Währungswirrwarrs bleiben also Ostoberschlesien und das Becken von Dombrowa nach wie vor ein wirtschaftliches Gefahrenzentrum schwerster Art.

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden - die grosse Organisation der Arbeitsoffer, die rund 350 000 Mitglieder zählt - hat dieser Tage auf ihrer Reichskonferenz in Berlin zu den Auswirkungen der Notverordnung, die in vielen Zehntausenden von Fällen für die betroffenen Invalidenrentenempfänger ungeheuerliche Härtefälle schuf, Stellung genommen. Der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Karsten beleuchtete diese Auswirkungen. Das Ergebnis seiner Kritik war die mit schärfstem Nachdruck abgegebene Versicherung, dass sich die Organisation der Arbeitsoffer nie und nimmer mit den durch die Notverordnung entstandenen Ungeheuerlichkeiten abfinden könne. Der Verband werde in der nächsten Zeit alle seine Kräfte mobilisieren, um diese Ungeheuerlichkeiten zu mildern.

Die vierte Notverordnung - so betont die Reichskonferenz in einer Entschliessung, die den Ertrag ihrer sozialpolitischen Aussprache zusammenfasst - hat durch ihre Bestimmungen über den Fortfall von Rententeilen bei Doppelbezug, Streichung der Kinder- und Waisenbezüge über das 15. Lebensjahr hinaus, Entzug der Witwenrenten für Altwitwen usw. empörendes Unrecht in Hunderttausenden von Rentenfällen geschaffen. In den meisten der betroffenen Fälle sind alten und gebrechlichen Menschen, die sich bislang schon in bitterster Not befunden haben, die einzigsten Bezüge für den Lebensunterhalt, ganz oder zum grossen Teil genommen worden. Die neuen Bestimmungen haben das Elend von Hunderttausenden auf ein einfach unerträgliches Mass gesteigert und damit die Verzweiflungsstimmung noch tiefer ins Volk getragen.

Der Zentralverband hat stets die grundsätzliche Forderung nach einer gesunden Reformierung und Zusammenlegung der zersplitterten Sozialversicherung energisch unterstützt. Insofern finden auch die zurzeit von der Reichsregierung erwogenen Reformpläne die volle Unterstützung des Verbandes. Der Zentralverband wird sich aber mit äusserster Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, wenn die Reichsregierung, wie es nach verschiedenen Meldungen den Anschein hat, beabsichtigt, einen weiteren erheblichen Rentenabbau vorzunehmen. Die Reichskonferenz erklärt, dass die Grenze, bis zu der ein Leistungsabbau überhaupt als erträglich bezeichnet werden kann, längst überschritten ist.

Die Verbandsleitung richtete auf der Konferenz an alle Rentnerkreise, die bisher den Kampf der Organisation nicht unterstützt haben, den Appell, durch Beitritt zum Zentralverband, der trotz Krise und Notverordnung gefestigter dastehet als je, die Abwehr der Arbeitsinvaliden zu verstärken und den Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen Faschismus und Sozialreaktion in der Eisernen Front zu führen.

SPD. Die kommunistischen Zeitungen sind dauernd gefüllt mit Nachrichten über Erfolge der RGO, die zum grössten Teil erlogen sind. Typisch für diese Schwindeleien ist eine Meldung der kommunistischen Presse aus Dresden. Darin wird über "starken Vormarsch der Opposition im Steinarbeiter=Verband" geredet. Die Opposition in der Generalversammlung der Dresdener Steinarbeiter habe mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden sämtliche Sitze im Ortsverwaltungsvorstand erobert, und der neue Vorstand setze sich aus sechs Kommunisten, zwei Parteiloosen und einem SPD=Mann zusammen.

Wie steht's in Wirklichkeit? In der Zahlstelle 1 der Dresdener Ortsverwaltung sitzt überhaupt kein KPD* oder RGO=Mann, und in der Zahlstelle 2 sind in der letzten Generalversammlung der erste Vorsitzende und der erste Kassierer, beide Sozialdemokraten, mit grösster Dreiviertelmehrheit gewählt worden. Der Gesamtvorstand setzt sich aus fünf SPD=, zwei KPD=Männern und einem Parteiloosen zusammen, der der SPD nahesteht.-

Die ROF macht sich's bequem. Da sie über keine Erfolge berichten kann, erfindet sie einfach welche.

SPD. Die Firma Krupp hat infolge weiterer Verschlechterung des Auftrags=eingangs vorsorglich bei dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf Entlassung von rund 2 000 Arbeitern und Angestellten beantragt.- Die Zeche Viktoria 1/2 der Klöcknerwerke wird am 15. Februar stillgelegt. Zur Entlassung kommen 500 Arbeiter und 40 Angestellte.-

Zeche um Zeche wird im Ruhrgebiet stillgelegt, Zeche um Zeche wird niedergerissen. Da muss es sonderbar anmuten, wenn man hört, dass eine neue riesige Rechenanlage in Betrieb genommen wird, deren Errichtung nicht weniger als vier Schächte - Schächte, die Millionen gekostet haben und selbst den Anforderungen einer Hochkonjunktur gewachsen waren - zum Erliegen bringt und damit die Entlassung von 1200 Bergarbeitern herbeiführt. Diesen Geniestreich hat die Bergbauverwaltung der Vereinigten Stahlwerke mit der Inbetriebnahme der neuen Zentralschachtanlage 12 der Zeche Zollverein in Essen=Katernberg vollbracht.

Das Projekt war im Augenblick der Krise sinnlos geworden, aber es wurde doch durchgeführt; denn ein technisches Wunderwerk der Rationalisierung sollte es werden. Auf der neuen Schachtanlage kommt zum ersten Male die Schlitzsäge in Anwendung. Das ist eine Art Schrämm-Maschine, mit der man die Hauerleistung von 20 Förderwagen pro Mann und Schicht auf 35 steigern kann. Zwar lassen die Flözverhältnisse auf Zollverein eine solche Ausbeute noch nicht zu und man muss sich einstweilen noch mit 24 Förderwagen begnügen, aber das ist ja weiter nicht schlimm - mit Hilfe einiger Millionen wird man das schon noch schaffen. Ein paar Millionen mehr - was macht das schon aus, wo die neue Schachtanlage nicht weniger als 60 Millionen Mark kostet. Die Hauptsache ist, dass man einen neuen Rekord aufstellt: Förderung von 3 Millionen Tonnen durch einen einzigen Schacht oder 10 000 Tonnen pro Arbeitstag und das bei gewaltig verringerter Belegschaft. An Löhnen und Gehältern wird man jährlich etwa 2,5 Millionen Mark sparen können, an Zinsen (zu 6 % gerechnet) jedoch 3,6 Millionen zu zahlen haben. Rechnet man noch 15 % für Abschreibungen und dann auch noch die Abschreibung für die stillgelegten Anlagen, die ja nur noch Schrottwert haben, dann bleibt der Gewinn - das grosse Geheimnis der Vereinigten Stahlwerke. Statt 60 Millionen zur inneren Sanierung des notleidenden Konzerns zu verwenden, baut man eine Riesenzeche, und zwar mit ungeheurem Verlust, wirft man Menschen auf die Strasse!

Kann man sich da noch wundern, wenn selbst Imbusch, der Führer der christlichen Bergarbeiter, nach Verstaatlichung des Bergbaues ruft?

Wirtschaft Technik Gandol

Landwirtschaft und Maschine.

Nordamerikanische Landwirtschaft im Krisenjahre 1931.

SPD. Die Agrarkrise hat in der deutschen Landwirtschaft eine Art Maschinenstürmerei erzeugt. Man hält nicht viel von der landwirtschaftlichen Maschine. Die ganze Technisierung und Maschinisierung habe die Landwirtschaft mit Schulden überladen. Man propagiert, besonders im Rahmen der rechtsradikalen Bewegung, den Katergedanken, Maschinen überhaupt nicht mehr zu kaufen. Weder dafür, dass die Ueberschuldung der Landwirtschaft von Maschinenkaufen stammt, noch dafür, dass die landwirtschaftliche Maschine auf den deutschen Böden nicht anwendbar ist, hat man den Beweis erbracht und man kann ihn auch nicht erbringen; aber man proklamiert den Maschinenstreik.

Im Grunde genommen dürften die Dinge so liegen, dass man die in Deutschland eingeführten hohen Agrarzölle für eine Dauereinrichtung hält. Zölle geben aber die Möglichkeit, extensiv, ohne künstliche Dünger und ohne Maschinen, d.h. teuer und wenig zu produzieren. Die Knappheit an Agrarartikeln muss dann die Agrarpreise in die Höhe treiben. So wäte die Agrarkrise gelöst, wenn, ja wenn bei dieser Art Politik die Kunden der Landwirtschaft, die breiten Bevölkerungsschichten in den Städten, nicht totsicher verarmen müssten und als Käufer für die zollgeschützten teuren Agrarartikel ausfallen würden; wodurch sich die Verkehrtheiten und Unmöglichkeiten jeder extensiven Landwirtschaft von selbst ergeben.

Der Landwirtschaft, soweit sie nicht den Phrasen vom Zollschutz und von der Autarkie unterliegt, muss, wenn sie Bedenken gegen die Maschinisierung hat, zugute gehalten werden, dass man bei uns mit der landwirtschaftlichen Maschine oft daneben gegriffen hat. Man hat fremde Maschinen, hauptsächlich nach amerikanischen Vorbildern, auf deutschen Böden benutzen wollen, was vielfach mehr als schlechte Ergebnisse zeitigte. Der Mähdröschler aus Amerika mit seiner vervielfachten Leistung und mit seiner Unkostenverminderung hat die Phantasie in Deutschland in einem Masse angeregt und Erwartungen hochgeschraubt, die einfach angesichts der Vorbedingungen in der deutschen Landwirtschaft nicht zu erfüllen waren. Nun erhebt sich die Frage, wie sich die amerikanische Landwirtschaft während der Agrarkrise, die sich ja drüben viel schärfer auswirkt als bei uns, mit der landwirtschaftlichen Maschine, mit der Technisierung und Maschinisierung des landwirtschaftlichen Erzeugungsprozesses auseinandersetzt und abfindet. Auf einer Tagung des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft hielt am Mittwoch Professor Dr. Ing. Dencker, Direktor des Landmaschineninstituts der preussischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten in Landsberg (Warthe), darüber einen höchst interessanten Vortrag. Mit Unterstützung der preussischen Regierung hat Dencker eine ausgedehnte Studienreise durch die landwirtschaftlichen Gebiete Nordamerikas unternommen. Am Mittwoch trug er die Ergebnisse dieser Studienfahrt dem deutschen Publikum vor. Man muss sagen, dass Dencker hinsichtlich der Einstellung der Landwirtschaft zur Maschine hüben und drüben zu Resultaten gekommen ist, die bedenklich stimmen.

Dencker ist nicht der Mann, der auf die landwirtschaftliche Maschine und auf eine maschinisierte Landwirtschaft, wie sie die nordamerikanische Union

teilweise hat, auf jeden Fall schwört. Er stellt er u.a. fest, dass die durch den Mähdrescher, also jene grosse Maschinen, die einen bis zu 7 Metern breiten Streifen des Feldes in einem Arbeitsgang mähen und gleichzeitig dreschen, hervorgegerufenen Umwälzungen des amerikanischen Getreidebaus immer noch falsch beurteilt werden. Auch in Nordamerika haben sich diese Riesenmaschinen nicht überall durchgesetzt in Gebieten mit einem Klima, das dem deutschen entspricht nur da, wo die Sojabohne kultiviert wird, weil für die Ernte der Sojabohne der Mähdrescher das geeignete Instrument ist. Im übrigen scheint Amerika mit dem Mähdrescher auch noch wie wir im Stadium des Experiments zu stehen. Man probiert. Man ist bemüht, die Technik des Mähdreschers den jeweiligen Verhältnissen anzupassen, hat kleine und kleinste Maschinen konstruiert usw.

Das hat aber mit dem nichts zu tun, was die amerikanische Landmaschinentechnik in letzter Zeit auf anderen Gebieten entwickelt hat. Und hier liegt wohl der Schwerpunkt, der in Deutschland Beachtung verdient, wenn wir nicht in unserer Landwirtschaft demnächst noch weit rückständiger sein wollen als wie das vor einigen Jahren, bei Beginn der Agrarkrise der Fall war. Die amerikanische Landmaschinentechnik hat zweifellos in letzter Zeit Erfolge zu verzeichnen, die sich in den Gesteuerungskosten bald bemerkbar machen werden. Das gilt, soweit die Arbeiten im nordamerikanischen Maisgürtel in Frage kommen, für Bestellungs- und Erntemaschinen, für Förderer usw., soweit es sich um den Kartoffelbau handelt, der in Nordamerika, wohl hauptsächlich infolge des wärmeren Klimas, dreifach so hohe Gesteuerungskosten aufweist als bei uns, für die Sortiermaschine, für die maschinelle Unkrautbekämpfung, für die Züchtung der in Amerika verlangten grossen Knollen, für die Schädlingsbekämpfung - die Kartoffel muss in Amerika wohl zehnmal gespritzt werden -, für die Düngung, wo durchweg auf Reihendüngung und zum ersten Mal auf die Streufähigkeit des Düngers geachtet wird, dann aber vor allem für die Entwicklung des Hackschleppers, den man als Universalschlepper entwickelt, und für die Konstruktion des leichten Ackerwagens.

Man wird in Deutschland fragen, worin die unterschiedliche Entwicklung hier und drüben begründet ist? Und man könnte einwenden, Amerika habe die Krise nicht in der Form zu spüren bekommen wie wir, habe andere Voraussetzungen hinsichtlich der Arbeitskräfte, der Flächengrösse, der Produktionsmengen usw. Das mag für die Arbeitskräfte stimmen. Die Nordamerikaner bauen immer noch, trotz eines Riesenarbeitslosenheeres, Maschinen, die Arbeiter ersparen. Diese Überlegung tritt bei uns in den Hintergrund. Deutschland braucht Maschinen, die reine Kosten sparen, aber nicht Arbeitskräfte. Hinsichtlich der Grössenverhältnisse liegen die Dinge in Amerika so, dass wir keineswegs nur die Riesenfarmen haben. Es gibt auch drüben Klein- und Kleinstwirtschaften, wo der Besitzer mit seiner Familie selbst angreifen muss und sich, wenn er nicht pleite gehen will, nicht schonen darf. Aber diese Wirtschaften sind stark maschinisiert. In erster Linie wohl deshalb, weil die Farmer sich alte Maschinen kaufen können, zu Preisen, die höchstens 50, in vielen Fällen nur 20 Prozent der Fabrikpreise ausmachen. Beim Maschinenankauf fallen auch in der Regel die Händler aus. Das sind Dinge, die wir in Deutschland kaum kennen, die aber die Maschinisierung der Landwirtschaft in Nordamerika zu gutem Teil erklären. Die Bewegung setzte sich auch trotz der Agrarkrise durch. Wie Deucker mitteilt, sind z.B. im Staate Montana in der Zeit der hohen Weizenpreise 150 000 Farmerfamilien angesetzt worden. In der Zeit, während der Weizenpreis von 6 Mark auf 2,50 Mark pro Zentner gefallen ist, sind 100 000 Farmerfamilien "spurlos verschwunden", proletarisiert, verkommen. Dieses Beispiel dafür, wie sich die Agrarkrise drüben auswirkt, mag die Zustände hinreichend kennzeichnen.

Roggen billiger.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Februar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch wieder schwächere Tendenz. Nach den starken Preissteigerungen an den Vortagen ist die Verkaufseignung auf dem Lande wieder grösser geworden, sodass am Mittwoch grössere Mengen an promptem Brotgetreide zur Verfügung standen. Roggen in prompter Ware konnte unter diesen Umständen nicht mehr den letzten Preis erzielen; die Notierungen mussten um eine Mark herabgesetzt werden, während Weizen seinen unveränderten Preisstand behielt. Am Markte der Zeitgeschäfte war umgekehrt Weizen um 2 bis 2½ Mark geschwächt. Roggen konnte seine Preislage hier besser behaupten. Im allgemeinen war aber die Unternehmungslust sehr gering. Es kamen recht wenig Umsätze zustande. Am Mehlmarkt war gleichfalls eine Beruhigung eingetreten. Geschäft konnte sich in beiden Sorten nicht entwickeln. Die Forderungen der Mühlen lauten einstweilen noch unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Auch hier war die Stimmung ruhiger geworden. Das Angebot war ausreichend; es herrschte aber gleichfalls nur geringe Kauflust.

	2. Febr.	3. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	241 - 243	241 - 243
Roggen	198 - 200	197 - 199
Braugerste	158 - 168	160 - 168
Futter- und Industrieroggen	153 - 157	153 - 157
Hafer	138 - 146	138 - 146
Weizenmehl	29,00 - 33,00	29,00 - 33,00
Roggenmehl	27,50 - 29,75	27,50 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 255½-254½ (Vortag 257), Mai 261½-261 (263½), Roggen März 204½ (204¾), Mai - (211), Hafer März 156-155½ Brief (-), Mai 165-164 Brief (166).

SPD. Der Schokoladenkonzern Stollwerck-Köln hat sich zu einer Generalbereinigung entschliessen müssen und zwar wird das Kapital der Stollwerck-A.G. nach Einziehung von fast 1,5 Millionen Mark Vorratsaktien von 16,45 Millionen auf 9 Millionen Mark zusammengelgt. Im verflossenen Jahr selbst sind Verluste von 3,4 Millionen nach entstanden, während noch im Vorjahre eine Dividende von 5 Prozent gezahlt werden konnte. Die Vorgänge bei Stollwerck stehen im Zusammenhang mit den schweren Erschütterungen in der gesamten Schokoladenindustrie. Durch einige Werke z.B. durch den Reichardt-Konzern in Hamburg wurde die Kapazität stark übersteigert. Mit dem stockenden Absatz während der Krise traten grosse Zusammenbrüche ein, die den Stollwerckkonzern zwingen, die Pleiten zu übernehmen. Die Übernahme aber machte bei Stollwerck selbst eine Generalbereinigung notwendig. Durch die Fehlleitung in der ganzen Schokoladenindustrie sind ungeheure Kapitalmengen unnütz vertan worden, grosse Fabrik still und tausende von Arbeiten sind aus dem Fabrikationsprozess gedrängt. Ob es durch die Generalbereinigung bei Stollwerck gelingt, eine Konsolidierung in der deutschen Schokoladenindustrie herbeizuführen, muss abgewartet werden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 1. Februar 1932.

Russischer Alltag.

SPD. Die nachfolgenden Schilderungen sind keine Erfindungen russischer Humoristen, sondern enthalten eine wortgetreue Wiedergabe wirklicher Vorgänge, die wir dem lokalen Teile der Moskauer Zeitung "Moskau am Abend" entnehmen.

Socken und andre Nichtigkeiten.

Die Aktentasche unter dem Arme betrat ein Bürger mittleren Alters die Annahmestelle des Moskauer Wäscherei-Gewerbeverbandes auf der Grossen Dimitrowka. Gewichtig öffnete er seine Aktentasche und zog einen Haufen schmutziger Wäsche hervor. Der Angestellte hinter dem Ladentische zählte die Wäsche aufmerksam und schob sie dem Kunden wieder zu. "Unter zehn Stück nehmen wir nichts an."

"Aber, bitte, es sind ja zwanzig Stück."

"Ja, wenn Sie Socken und andre Nichtigkeiten hinzurechnen. Als Stücke gelten nur Unterhosen und etwa Laken...."

Der Bürger stand eine Weile starr. Dann erkundigte er sich trübselig:

"Gilt die Satteldecke eines Zirkuselefanten als "Stück" oder nicht?"

"Bisher ist uns noch keine gebracht worden. Aber ich glaube, sie wird schon als Stück gelten."

Da der Bürger weder einen dressierten Elefanten besass noch die zu ihm gehörige Satteldecke, so verliess er, in Zigarettenrauch gehüllt, die Wäscherei. Auf dem Strassny-Boulevard kannte er eine andre Annahmestelle des Wäschereiverbandes. Schnurstracks eilte er dorthin und schüttete den Inhalt seiner Aktentasche auf den Ladentisch. Doch wieder erklang es unbeugsam: "Unter zehn Stück nehmen wir nichts an."

Der Bürger, der das Unglück hatte, nicht ganz so viele Stück Wäsche schmutzig getragen zu haben, bestieg die Elektrische und fuhr nach der Annahmestelle derselben Wäscherei auf der Sutschew-Strasse. Doch auch dort hiess es: "Unter zehn Stück...."

Er eilte nach der Sadowaja, Ecke Ulianowka, wo sich ebenfalls eine Wäscherei des Gewerbeverbandes befand. Abermals wurde die Wäsche gezählt und ihm zurückgegeben. "Zu wenig. Die Stückzahl ist nicht voll." Da liess sich der Bürger auf ein Taburett fallen und begann, eifrig sein Zeug abzustreifen.

"Aber ich bitte Sie, was soll denn das heissen?" gab der Angestellte entüstet seinem Erstaunen Ausdruck.

"Na, mit der Wäsche, die ich noch an habe, werden schon zehn Stück herauskommen. Es hat nichts weiter auf sich. Sie können immerhin waschen; ich warte unterdessen."

"Aber wir liefern die Wäsche nicht unter drei Wochen. Wollen Sie etwa drei Wochen lang nackt da sitzen und warten?"

Der Bürger, der ein beruflich ausserordentlich in Anspruch genommener Mann war, konnte nicht umhin, die Richtigkeit dieses Hinweises einzusehen. Also ging er fort, in der Absicht, schleunigst die letzte Garnitur Wäsche, die ihm noch verblieben war, schmutzig zu tragen, und nahm die Aktentasche wieder mit, deren Inhalt nicht die erforderliche Stückzahl aufzuweisen hatte. - -

Drei Quittungen.

Die Bürgerin Klepowa, die auf der Chlebnaja 9 wohnte, erhielt eines Tages von der Polizei ein Strafmandat mit der strengen Anweisung, drei Rubel Strafe für eine Fahrt ohne Fahrkarte an die Kasse der Staatsbank einzuzahlen. Am nächsten Tage entrichtete die Klepowa das Strafgeld und erhielt eine Quittung.

Eine Woche war vergangen, als gegen 10 Uhr Abends ein Polizist sich bei der Klepowa meldete: Die Bürgerin, die sich im vergangenen Sommer auf der Linie Schaworonki-Moskau ein Eisenbahnvergehen hatte zuschulden kommen lassen, solle sich sofort der sechsten Abteilung stellen. Die Klepowa stellte sich an der ausgegangenen Zigarette saugend, sagte der Diensthabende: "Sie haben drei Rubel Strafe zu erlegen für eine Fahrt ohne Fahrkarte."

"Die habe ich ja schon bezahlt." Und sie legte die Quittung der Staatsbank vor.

"Scho-o-n?" dehnte der Diensthabende, ausserordentlich enttäuscht, dass das Vergehen, das er seit geraumer Zeit bearbeitete, von einem andern aufgedeckt worden war. "Oho, zeigen Sie mal Ihre Quittung her! Also Sie bekommen eine neue."

Ein noch so scharfsichtiges Auge hätte an der neuen Quittung keinerlei Vorzug wahrzunehmen vermocht. Und nun wurde am 4. Dezember die Wohnung, die die Bürgerin Klepowa bewohnte, durch Sturmgeläut in Aufruhr gebracht. Man eilte zur Tür, als die Glocke zum zweiten Male schrillte. Die Tür flog auf, und im grünlichen Schimmer trat die magere, schneeverwehte Gestalt des Polizeiinspektors über die Schwelle. "Die Bürgerin Klepowa!" befahl er, durch die Wichtigkeit seines Auftretens seinen Pflichteifer dokumentierend, den weder die frühe Morgenstunde noch das schlechte Wetter aufzuhalten vermocht hatten. "Das bin ich," sagte die Klepowa und trat einen Schritt vor.

"Haben Sie die Güte, drei Rubel Strafe für eine Fahrt ohne Fahrkarte zu erlegen!"

"Ich habe sie bereits erlegt." Sie zog die Quittung hervor, die sie fortan Tag und Nacht bei sich trug.

"Oho," runzelte der Polizeiinspektor die Stirn, während er die Quittung musterte. "Ich stelle Ihnen sofort eine neue aus." Er öffnete seine Aktentasche und füllte sorgsam eine Quittung aus, die sich von den beidenvorhergehenden durch nichts weiter unterschied als durch die Handschrift.

----- Generalstreik unter Platanen.^x -----

SPD. Viele Sorgenkinder hat die junge spanische Republik, und von allen das grösste ist wohl Barcelona. Denn Barcelona mit seiner über eine Million zählenden Bevölkerung verkörpert Katalonien, bedeutet den Kampf der Separatisten um die nationale Unabhängigkeit, und Barcelona mit den zahlreichen von der Krise stark betroffenen Fabriken, mit dem Hafen, der sich mit dem von Marseille oder Genua messen kann, in dem es allerdings ziemlich ruhig geworden ist, bedeutet den sozialen Kampf, bedeutet häufigen Streik und blutige Strassenkrawalle.

Barcelona ist aber nicht nur das Sorgenkind der spanischen Republik; es ist ein sich selber verzehrendes Feuer, ein nicht zu entwirrender Knäuel von Ideen und Bestrebungen. Durch diese grosstädtisch angelegten Strassen mit ihren neun- und zehnstöckigen Häusern, durch die herrlichen Platanenalleen wälzt sich unaufhörlich eine Menschenmenge, die stets in Wallung ist, ständig von der Not der Arbeitslosigkeit, vom angeborenen Hang zur Anarchie, von der Romantik der nationalen Unabhängigkeit getrieben wird. Jeder Einzelne dieser Südländer erzeugt mehr Bewegung und Lärm als viele Nordländer zusammen; jeder

Einzelne neigt zum spontansten Enthusiasmus, zur unbeschränkten Hingerissenheit. Aufruhr ist hier nicht die Sache der Organisation; es ist ein innerer Zustand, der hin und wieder zum Durchbruch kommt, wie eine Feuersäule zum Himmel steigt und ebenso schnell erlischt. In den Kellern der armseligen Behausungen in den Elendsvierteln von Barcelona, sind, angeblich, nach jedem Aufruhr grosse Waffenbestände aufgefunden worden. Der Handel mit Dynamit soll hier ebenso verbreitet sein wie der Mädchenhandel in Buenos Aires, und Terrorist zu sein gilt beinahe als Beruf. Die politischen Ueberzeugungen entstehen hier auf der Strasse, denn der Barceloner lebt stets auf der Strasse. Der Himmel über der Stadt ist ja meistens blau, die Luft so milde, und die Mädchen sind glutäugig und leichtblütig. Die tiefste Quelle dieser politischen Ueberzeugungen sind die unzähligen Broschüren über Kapitalismus und Syndikalismus und Karl Marx, Engels und Lenin, die ebenfalls auf der Strasse in den vielen buntbehängten Zeitungskiosken, zwischen humoristischen Zeitschriften, Detektivromanen und Traktätchen über die sexuelle Frage, hängen. Auf der Strasse wird auch der Kampf um die Ueberzeugung ausgekämpft, meistens mit Worten, die wie Mücken in der linden Luft der Platanenalleen schwirren. Doch manchmal ballen sich die Worte zur raschen Tat; es fällt eine Bombe; Aufrührer greifen die Polizei an; es fliesst Blut. Und ehe der Tag vorüber, ist alles vergessen, und keiner weiss mehr genau, worum es eigentlich gegangen ist.

Befremdend ist, dass in dieser, jeder Organisation feindlichen Stadt der Generalstreik an der Tagesordnung ist. Der letzte dauerte keine vierundzwanzig Stunden und war, ehe man ihn noch so recht bemerkte, bereits zu Ende. Wer hatte ihn veranlasst? Wem war er dienlich? Wessen unklaren Absichten entsprang er? Niemand will ihn gewollt haben. Zahlreiche Arbeiterorganisationen erheben Protest gegen ihn, und nicht nur die Fremden, sondern selbst die Eingeweihtesten sprechen von "geheimen Kräften" und "dunklen Elementen".

Was ist denn nun eigentlich in dieser strahlenden, singenden, lachenden, leichtlebigen und armseligen Stadt los? Und wie ist es möglich, dass dieses Industriezentrum zugleich der Brennpunkt des katalanischen Nationalismus ist? Die Situation in Barcelona erinnert an die Folgen einer vorschnell geschlossenen Liebeshehe, bei der sich die Partner etwas zu spät näher kennen lernen und nun enttäuscht anstarren. In Barcelona vereinte sich die Unzufriedenheit des ausgebeuteten und arbeitslosen Proletariats, das keine richtige Organisation, keine vernünftigen Führer hat, mit dem nationalen Enthusiasmus der Anhänger jenes romantischen und heroischen Obersten Macia, der für die Unabhängigkeit Kataloniens kämpft. In seiner schnellen Begeisterungsfähigkeit verkannte das Barceloner Proletariat, dass die Ziele der Arbeiterklasse nicht identisch sein können mit denen der Föderalisten, und der Oberst Macia, unzweifelhaft vom besten Willen geleitet, verkannte, dass er die sozialen Probleme, die sich besonders zugespitzt haben, nicht lösen kann. Und nun ziehen an derselben Karre zwei ungleiche Rosse und ziehen sie nach verschiedenen Himmelsrichtungen. Die mehr nachrechts schielenden Herren in der Madrider Regierung sind natürlich nicht gut zu sprechen auf die katalanischen Separatisten, die sich nicht nur von Spanien loslösen wollen, sondern obendrein noch mit den "extremsten" Elementen Hand in Hand gehen, und die Sozialisten in der Regierung nehmen es dem Barceloner Proletariat natürlich übel, dass es regionale Interessen in den Vordergrund schiebt.

Wenn man nun zufällig am Tage eines Generalstreiks auf der "Plaza de la Catalunya", dem sonnigen Hauptplatz von Barcelona, in einem bequemen Sessel dem Plätschern der Fontaine zuschaut, kann man sich wahrlich nicht vorstellen, dass diese Stadt so in sich zerrissen, so problemschwanger ist und einer so unsicheren Zukunft entgegensteuert. Trotz des Generalstreiks ist das Strassenbild wenig verändert: ein Gewimmel von Menschen, heftiges Gestikulieren, lautes Rufen und Lachen. Nur die holperige elektrische Bahn, die an allen Strassenecken stehen bleibt, und die patriotischen Automobile, die aus Protest gegen eine Madrider Autogesellschaft schon seit einer Woche streiken, fehlen.

Sonst nichts. Die ärmlichen Gestalten der Arbeitslosen sonnen sich wie immer auf der Balustrade der Fontaine sitzend. Wie immer wird in zahlreichen Gruppen lebhaft politisiert, und ein dichter Kreis von Zuschauern ist um die kleine Mädchen versammelt, die über ein Seil springen. Die Lumpen der Bettler, die Soutanen der Priester, die grotesken Uniformen der Polizisten mengen sich friedlich untereinander, und die Luxuswagen der reichen Industriellen fahren in schnellem Tempo vorüber. Ja, auch an diesem Tage des Generalstreiks ist Barcelona ein buntes Spanien, unveränderlich theatralisch, auch in dieser Hauptstadt Kataloniens, die so eifrig daran ist, sich von Spanien abzusondern. Ja, auch an diesem Tage des misslungenen Generalstreiks ist Barcelona mit seinen Analphabeten, seinen Arbeitslosen und seinen Terroristen eine Proletariatsstadt, die nur zu erwachen braucht, um sich ihrer Bedeutung und ihrer Möglichkeiten klar zu werden.

S. 1.

Der elektrische Telegraph.^x

SPD. Vor 80 Jahren, am 7. Februar 1852, erhielten Siemens und Halske das Patent auf die von ihnen erdachte Konstruktion eines elektrischen Telegraphen, die sich sehr schnell in die Praxis einführte, so dass von diesem Augenblicke an der Weg der elektrischen Telegraphie einheitlich vorgezeichnet war.

Selbstverständlich baute das deutsche Patent auf den Arbeiten anderer auf die ihm Weg und Richtung gewiesen hatten. Das von Siemens konstruierte Gerät verdrängte den bisher noch vielfach verwendeten Zeigertelegraphen vollständig. Der Zeiger-Telegraph liess eine Magnethadel auf bestimmte Buchstaben des Alphabets hinweisen, die der beobachtende Telegraphenbeamte zu Worten und Sätzen zusammenzufügen hatte. Diese Art der Telegraphie war natürlich sehr umständlich, und fehlerhafte Uebersetzungen waren nicht selten. Bei dem neuen Siemens-Apparat handelte es sich um einen Relief-Schreiber, bei dem ein Stahlstück die Morsezeichen in einen Papierstreifen eindrückte, sodass reliefartige Striche und Punkte entstanden. Gewichte zogen das Papier durch den Apparat, der dann immer wieder mit Hilfe einer Kurbel aufgezogen werden musste. Dieses Gerät wurde damals als ein erheblicher technischer Fortschritt betrachtet. Allein es stellte sich bei längerer Benutzungsdauer heraus, dass die Telegraphenbeamten besonders bei schlechter Beleuchtung die durch keinerlei Farbe hervorgehobenen Zeichen nur schwer entziffern konnten. Schon ein Jahr später kam der Österreicher John auf den Gedanken, in den Morseapparat ein Farbrad einzuschalten, durch das die Zeichen für das Auge mühelos lesbar wurden. Immerhin dauerte es noch sechs Jahre, bis diese von allen Telegraphisten begrüßte Erfindung in Preussen eingeführt wurde. Die Bedienung der Farbeinrichtung war zunächst noch recht umständlich. Die Farbe musste mit Hilfe eines Pinsels aufgetragen werden. Diese Handarbeit wurde später von einer Filzrolle übernommen, auf die die Farbflüssigkeit aus einem über ihr angebrachten Kasten tropfte. Wenn das auch schon eine erhebliche Verbesserung war, so ergaben sich dennoch im Dauerbetriebe mancherlei Störungen, da der ständig durch den Apparat laufende Papierstreifen mit der Zeit soviel feinen Papierstaub absonderte, dass das Filzrädchen schmutzig wurde und die Schrift unleserlich machte. Diese Mängel wurden erst Mitte der sechziger Jahre beseitigt. Die Entwicklung der Telegraphengeräte führte schliesslich zur Konstruktion des Schnelltelegraphen, der eine vor 80 Jahren noch für unmöglich gehaltene Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung brachte. Aus der grossen Zahl der Formen, die im Laufe der Jahrzehnte entstanden, wird der Einheitstelegraphenapparat herauswachsen, mit dessen Durchbildung die Entwicklungsreihe dieser nachrichtentechnischen Apparate abgeschlossen sein dürfte.

Der Gedanke, die Elektrizität zur Nachrichtenübermittlung zu benutzen,

ist schon mehr als 100 Jahre alt. 1742 hatte der Schotte Stephan Gray festgestellt, dass ein 220 Meter langer Kupferdraht, den er an Seidenfäden aufgehängt hatte, die geringen Mengen von Reibungselektrizität, die er zu erzeugen vermochte, mit überraschender Schnelligkeit verbreitete. 1809 baute Sömmering einen chemischen Telegraphen, der 35 Drähte zwischen Sender und Empfänger benötigte. Dieser Telegraph funktionierte laboratoriumsartig ausgezeichnet, für den praktischen Betrieb jedoch war er viel zu teuer. Man benutzt heute bekanntlich in der Telegraphie nur einen einzigen Draht, während die Erde als Rückleitung dient, und kann ausserdem durch Verwendung der Hochfrequenztelegraphie über diesen einen Draht mehrere Telegramme zu gleicher Zeit schicken. Die verschiedenartigen Schwingungen der benutzten Ströme schalten eine gegenseitige Störung aus. Durch diese Einrichtung ist die Wirtschaftlichkeit des Betriebes ausserordentlich gehoben worden. Auf der Grundlage der Versuche Oerstedts bauten die Physiker Gauss und Weber einen Nadeltelegraphen, bei dem alle Zeichen von einer einzigen Nadel gegeben wurden und Geber und Empfänger nur noch durch zwei Drähte miteinander verbunden wurden. August Steinheil entdeckte bald darauf, dass man die Erde als Rückleitung benutzen konnte, sodass man nur noch einen Draht zur Verbindung nötig hatte. 1835 aber hatte der Maler Morse bereits begonnen, den nach ihm benannten Apparat mit Hilfe primitiver Mittel aufzubauen. Durch die Unterstützung des Professors L. Gale gelang es ihm, das Gerät so durchzukonstruieren, dass es 1837 erfolgreich funktionierte. Mit Hilfe der amerikanischen Regierung wurde 1843 mit dem Bau einer Versuchslinie zwischen Washington und Baltimore begonnen. 1844 konnte hier die erste Depesche befördert werden und dieser Erfolg führte zur Gründung einer Telegraphengesellschaft. 1848 brachten die Amerikaner Chaplin und Robinson auf Veranlassung eines Hamburger Grosskaufmanns den Morsetelegraphen nach Deutschland. Nach zahlreichen Schwierigkeiten gelang es ihnen, die erste Telegraphenlinie zwischen Hamburg und Cuxhaven in Betrieb zu nehmen. 1852 konnte dann die deutsche Technik durch eigene Ideen die amerikanische Erfindung verbessern und nun ihrerseits wieder am Aufstieg des neuen Nachrichtenmittels mitarbeiten.

W.M.

 Ueber allen Gipfeln....X

Ueber allen Gipfeln ist Ruh',
 In allen Zweigen spürest du kaum einen Hauch ..
 Republikaner - sag', schläfst du denn auch?

In allen Gassen ist Streit.
 Der Hass macht sein Geschäft und schreit:
 "Bald ist's so weit!"
 Republikaner - sag', wie lange schläfst du noch?

Die Vögelein pfeifen im Walde ..
 "Wart' nur, im Goethejahr, balde
 Kriegst du deine Diktatur,
 Schlafe Liebchen, schlafe nur .."
 Republikaner ... wann wirst du hart?
 Warte, nur wart' -
 Nur noch so Wochen lang ..
 dann hörst du Trommelklang,
 und dann ist's aus

Ho, in den Wipfeln regt sich ein Hauch.
Republikaner - ei!! regst du dich auch?
Reaktion - gute Nacht
Ja, die Republik erwacht!!!

Alfred Auerbach.

Vom Dampfross zur Schnellbahn.^x

50 Jahre Berliner Stadtbahn.

SPD. In diesen Tagen feiert ein Berliner Verkehrsmittel sein goldenes Jubiläum, das dem Verkehr der Weltstadt im letzten halben Jahrhundert einen eigentümlichen Zug gegeben hat: die Berliner Stadtbahn. Ihre Einweihung fällt in eine Epoche, die Berlin auf dem Wege zur Weltstadt sah; in die Epoche eines Aufschwungs, wie ihn keine andre Stadt Europas in ihrer Entwicklung zu verzeichnen hat.

Berlin in den achtziger Jahren: Beinahe über Nacht wächst die preussische Residenzstadt zur Weltstadt. 1871 zählt sie noch 800 000 Einwohner - in ihren dörflichen Vororten leben nicht mehr als 82 000 Menschen; selbst Charlottenburg hat nur 9 000 Einwohner. Zehn Jahre später ist die erste Million schon überschritten. Ein Baufieber durchrast die Stadt. Ganze Häuserviiertel werden niedergedrückt. An ihre Stelle treten lange Strassenzüge mit protzigen Geschäftspalästen oder hässlichen Mietkasernen. Die alten hölzernen weichen breiten steinernen Brücken. Ende der siebziger Jahre werden der Potsdamer und der Stettiner Bahnhof umgebaut und erweitert; die neue Eisenbahnlinie nach Wetzlar und Metz entsteht und mit ihr der Anhalter Bahnhof mit einer für damalige Verhältnisse riesenhaften Hallenkonstruktion. Handel und Industrie haben sich von der grossen Pleite erholt, die dem Taumel der Gründerjahre auf dem Fusse gefolgt war. Dichter schliesst sich rings um die Stadt der Gürtel der Fabriken. Schon beginnt das Proletariat sich zu sammeln. Tausende drängt die Landflucht in die Mauern der jungen Grosstadt. Die Mietkasernen reichen nicht mehr aus; die Vororte erhalten Zuzug - über Nacht verändert Berlin sein Gesicht. Das Leben fliesst rascher und lärmender durch seine Strassen. Kein Wunder, dass die Verkehrsmittel nicht mehr zulangen, um die Massen der werktätigen Bevölkerung zu transportieren. Noch immer beherrschen Pferdebahnen und Pferdeomnibusse mit ihren zweistöckigen Fahrzeugen das Strassenbild. Vorübergehend hat man zwar Dampfwagenlinien eingerichtet, sie aber bald wieder aus dem Verkehr gezogen.

Freilich gab es damals schon in die Zukunft schauende Köpfe. Im Jahre 1880 lief bei dem Berliner Polizeipräsidenten eine Druckschrift der Herren Siemens und Halske ein, die den Plan einer elektrischen Hochbahn vom Belle Alliance-Platz bis nach dem Wedding enthielt. Für diese Zeit ein so kühnes Projekt, dass eine Berliner Zeitung öffentlich zum Kampfe gegen diesen Plan aufforderte, worauf schliesslich der alte Kaiser, entsetzt über ein so fortschrittliches Unternehmen, den Bau der Hochbahn höchstselbst untersagte. Da jedoch auch der weiseste Herrscher auf die Dauer die Entwicklung einer Stadt nicht aufhalten kann, musste man sich nach einer andern Lösung der Verkehrsschwierigkeiten umsehen. Die ungünstige Lage der Berliner Fernbahnhöfe hatte schon 40 Jahre früher zum Plan einer "Verbindungsbahn" geführt. Allerdings dachte man weniger an das Wohl der Bevölkerung als an militärische Zwecke, als man endlich für die lange verpönte Durchführung des Projektes Staatsmittel zur Verfügung stellte. Von 1851 bis zum siebziger Kriege bestand diese Verbindungsbahn. Dann wurde von Schöneberg über Stralau nach Moabit die Ringbahn gebaut und 6 Jahre später durch das westliche Teilstück ergänzt. Aber noch immer mussten die Reisenden der Fernbahnen, sofern sie in Berlin umstiegen, grosse Strecken mit den unzulänglichen Pferdebahnen zurücklegen;

noch immer fehlte eine schnelle Verbindung vom Zentrum nach Westen und Osten. Um diesem Uebelstand abzuhelpfen, legten Siemens und Halske wiederum den Behörden ein Projekt vor. Sie wollten alle acht Berliner Fernbahnhöfe mit einer elektrischen Schnellbahn verbinden. Ein Plan, der leider fünfzig Jahre zu früh kam, denn die Obrigkeit hatte sich inzwischen für das Dampfross entschieden, das nun jahrzehntelang an den Mietskasernen vorbeigepoltert ist, um sie mit einer dicken Russchicht zu überziehen, deren Schwärze stellenweise noch heute das Berliner Stadtbild verziert. So wurde endlich der Plan, die vorhandene Ringbahn durch eine Stadtbahn zu ergänzen und die wichtigen Fernbahnhöfe miteinander zu verbinden, genehmigt und die Ausführung einer privaten Gesellschaft übertragen. Nachdem die Gesellschaft jahrelang gebaut hätte, denn nicht weniger als 56 Strassenüberführungen waren zu bewältigen, nahm die Stadt endlich den Bau in eigene Regie, und im Jahre 1882 konnte die Strecke zwischen den Stationen Charlottenburg und Schlesischer Bahnhof in Betrieb genommen werden. Wilhelm I. bestieg mit seinem Gefolge einen Stadtbahnwagen und weihte damit die neue Bahn für den öffentlichen Gebrauch ein. Sie erfreute sich bald einer grossen Beliebtheit, und die Berliner quetschten sich damals mit Vergnügen in die kleinen, dafür aber zweistöckigen Wagen, um ins Grüne zu fahren. Mit Stolz erwähnte einige Jahre später ein Lokalhistoriker die "exorbitant hohen" Verkehrszahlen; habe doch die Stadt- und Ringbahn im Jahre beinahe 5 000 000 Menschen befördert. (Heute wird diese Zahl an ein paar Sommer-sonntagen erreicht.)

Ueber viereinhalb schicksalsreiche Jahrzehnte zog das Dampfross schnauhend durch Berlin, bis es 1928 durch die Elektrifizierung ausser Dienst gestellt wurde. Heute befahren täglich 700 lange elektrische Schnellbahnzüge ihre Linien, und der Berliner von 1932 hat allen Grund, über die "exorbitant hohen" Verkehrszahlen von anno dazumal zu lächeln, denn allein an einem einzigen Tage, am 2. Pfingstfeiertage des vorigen Jahres bewältigte die Stadtbahn die Riesenzahl von 2 Millionen Fahrgästen und ist damit zum schnellsten und modernsten Verkehrsmittel der Reichshauptstadt geworden.

Revolutionsposse.^x

SPD. Der Lotter-Putsch war eben in München von Stapel gegangen. Es war am 19. Februar 1919. Obermatrose Lotter wollte mit seinem Putsch die Regierung Eisher stürzen. Der Münchener Polizeipräsident war einer der ersten, die verhaftet wurden. Kurt Eisners Sekretär kommt ins Polizeipräsidium, um den Festgenommenen zu befreien, wird aber ebenfalls verhaftet und zusammen mit dem Polizeipräsidenten der Obhut eines Kommandos junger Matrosen übergeben, die mit aufgepflanzten Seitengewehren jeden Fluchtversuch unmöglich machen. Versuche, den jungen Matrosen begreiflich zu machen, dass sie gegen die Revolution missbraucht würden, sind vergeblich. Das alles spielt sich im Arbeitszimmer des Polizeipräsidenten ab.

Plötzlich wird die Türe weit aufgerissen. Ein Wachtmeister der revolutionären Militärpolizei kommt, mit einem grossen Schlüsselbund bewaffnet, herein. Er ist mit den Verhaftetenengut bekannt, lässt sich aber nichts anmerken. Ganz dienstlich fragt er: "Wo sind die zwei Burschen?" Der Führer des Matrosenkommandos macht entsprechende Meldung. Darauf der von der Militärpolizei: "Marsch! Ihr kommt vorläufig in Polizei-Arrest!"

Und fort ist er auch schon mit den beiden Arrestanten. Zwei Minuten später lässt er sie durch eine Hintertür aus dem Polizeipräsidium weglaufen.
